

Sonderausgabe „25 Jahre SGK M-V“

Liebe Leserinnen und Leser,

am 6. Oktober 1990 fand die erste Gründungsveranstaltung der SGK im Ständehaus in Rostock statt. Von den dreizehn gewählten Vorstandmitgliedern waren lediglich zwei weiblich. Dr. Klaus Kilimann, damals Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock, wurde unser erster Vorsitzender. Der erste Geschäftsführer war Wolfgang Herrmann - und er arbeitete wie der Vorsitzende ehrenamtlich.

Denn es sollte noch bis 1993 dauern, dass eine genehmigungsfähige Satzung vorlag und die Eintragung in das Vereinsregister erfolgen konnte. Dies war wiederum die Voraussetzung, um vom Land Mecklenburg-Vorpommern Fördermittel einzuwerben. In den ersten beiden Jahren war die Arbeit der SGK daher nur durch die Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der SPD möglich, wofür an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt sei.

Die nächsten Seiten sollen 25 Jahre SGK M-V Revue passieren lassen. Und da in 25 Jahren allerhand geschieht, kann dies natürlich nur schlaglichtartig dargestellt werden. Sonst hätten wir ein ganzes Buch schreiben müssen und dafür hat die Zeit dann doch nicht gereicht.



Wir wünschen den Leserinnen und Lesern viel Spaß bei der Lektüre – ihr werdet feststellen, einige Themen befinden sich offenbar in einer Endlosschleife...

Thomas Beyer
SGK-Landesvorsitzender

Martina Tegtmeier
SGK-Landesgeschäftsführerin



Wie alles begann

P R O T O K O L L

der Gründungsversammlung der SGK im
Land Mecklenburg-Vorpommern am 6. Oktober 1990
im Ständehaus in Rostock

Zur Gründungsversammlung der SGK im Land Mecklenburg-Vorpommern wurden sozialdemokratische Kommunalpolitiker und parteilose Kommunalpolitiker, die Mitglieder von SPD-Fraktionen in Gemeindevertretungen und Kreistagen sind, eingeladen. In der Gründungsversammlung waren 72 oben benannte Kommunalpolitiker anwesend.

1. Beratung der Satzung der SGK im Land Mecklenburg-Vorpommern

Die Gründungsversammlung hat bei einer Enthaltung und 71 Ja-Stimmen anliegende Satzung für die SGK im Land Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. Gleichfalls wurden die Beitragssätze entsprechend Paragraph 10 der Satzung der SGK im Land Mecklenburg-Vorpommern einstimmig beschlossen.

2. Wahl des Vorstandes

Entsprechend Paragraph 6 der Satzung der SGK im Land Mecklenburg-Vorpommern wurde der Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wurde

Dr. Klaus M. Kilimann,

Oberbürgermeister der
Hansestadt Rostock,

gewählt.

- 2 -

Zu seinen beiden Stellvertretern wurden

Dr. Udo Drefahl,

Landrat des Landkreises
Wismar

und

Wieland Krietsch,

Stellv. Landrat des
Landkreises Greifswald

gewählt.

Die Mitglieder des Vorstandes der SGK im Land
Mecklenburg-Vorpommern sind aus anliegender Liste zu entnehmen.

Sämtliche Wahlen wurden geheim durchgeführt. Die Unterlagen
darüber liegen der Geschäftsführung der SGK im Land
Mecklenburg-Vorpommern vor.

3. Wahlen von 2 Revisoren

Entsprechend Paragraph 5 Abs. 2 Punkt 5. der Satzung wurden
folgende zwei Revisoren von der Gründungsversammlung gewählt:

Guntram Jost,

Rostock

Edmund Schaper,

Wildberg

Für den Vorstand der SGK im Land Mecklenburg-Vorpommern:



Lutz Danke

Versammlungsleiter



Manfred Bluhm

Schriftführer

Mitglieder des Vorstands der SGK Mecklenburg-Vorpommern

gewählt in der Gründungsversammlung der SGK im Land Mecklenburg-Vorpommern
am 6. Oktober 1990 in Rostock

Vorsitzender:

Dr. Klaus Kilimann

Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock

stellv. Vorsitzende:

Dr. Udo Drefahl

Landrat des Landkreises Wismar

Wieland Krietsch

stellv. Landrat des Landkreises Greifswald

Schatzmeisterin:

Sabine Sturbeck

Stadtverordnete in Wismar

Schriftführer:

Manfred Bluhm

Beigeordneter im Landkreis Demmin

Beisitzer:

Käthe Fuhrwerk

Leiterin der Kämmerei im Landkreis Waren

Walter Krempien

Bürgermeister in Ziesendorf

Dr. Wulf Lammert

Stadtverordnetenvorsteher in Schwerin

Lothar Meinhardt

Stadtverordneter in Greifswald

Arndt Noack

Stadtverordneter in Greifswald

Gerd-Peter Roch

Senator für Finanzen Stralsund

Bernd Rolly

Dezernent für Soziales in Parchim

Horst Schwarz-Linek

Stadtverordneter in Schwerin

Infodienst Kommunal

Nr. 21
Bonn
08. 03. 1991

Informationen
der Bundesregierung
für Städte, Gemeinden
und Kreise

in den Ländern Brandenburg,
Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Thüringen

Impressum

Der Info-Dienst wird herausgegeben von der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern e. V. (SGK).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Verfasser wieder, die sich nicht unbedingt mit der Position der SGK M-V decken muss.

Der Nachdruck ist gegen Quellenangabe und Belegexemplar gern gestattet.

Redaktionsanschrift:

SGK M-V, Wismarsche Str. 152, 19053 Schwerin, Tel.: 0385 55572850

E-Mail: sgk@kommunales.com

**SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT
FÜR KOMMUNALPOLITIK
MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Rostock, d. 16.10.92

P R O T O K O L L

der Anhörung zur Auswahl der Kandidaten
für die Stelle des Geschäftsführers
sowie die Stelle der Sekretärin
der S G K Mecklenburg - Vorpommern

Anwesende Mitglieder des Vorstandes:

Dr. Kilimann, Sturbeck, Krempien, Rolly, Schneider,
Kuhlmey, Herrmann, Albrecht
Jost (nicht stimmberechtigt)

1. Es wurde festgestellt, daß der Vorstand beschlußfähig ist.

2. Nach Ausschreibung und Vorauswahl des Vorstandes
kamen zur Anhörung:

- für die Geschäftsführerstelle

Herr Müller (Kassel),

Herr Friedrich (Güstrow)

(Herr Haasmann hatte telefonisch sein Kommen abgesagt)

- für die Sekretärinnenstelle

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

3. Den Bewerbern wurden von Dr. Kilimann die z. Zt.
übersehbaren Konditionen sowie Anforderungen der SGK M/V
bei der Besetzung einer derartigen Stelle mitgeteilt.
Diese genannten Bedingungen, speziell auch Unsicherheits-
faktoren eines Arbeitsvertragsabschlusses mit der SGK
(noch ausstehende Finanzierungsbestätigung über
beantragten Zuwendungen des Landes, Vereinseintragung,
Beginn der Tätigkeit) sowie auch die vertraglich
zu vereinbarende Probezeit von 6 Monaten
wurden von den Bewerbern zur Kenntnis genommen.

4. Die Bewerber stellten sich ausführlich vor und
beantworteten die Fragen der Mitglieder des Vorstandes.

5. Wahl

Für die Stelle des Geschäftsführers wurde
Herr Heinz Müller mit 6 : 2 Stimmen gewählt.

[REDACTED]

[REDACTED]

6. Da beide gewählten Bewerber zum Zeitpunkt der Entscheidung
bereits das Rathaus verlassen hatten, wurde Herrn Herrmann
der Auftrag erteilt, die Information vorzunehmen.

7. Es wurde beschlossen, daß bis zur Tätigkeitsaufnahme
des ausgewählten Geschäftsführers und der Geschäfts-
übergabe auf einer Vorstandssitzung der bisherige GF
dieses Funktion weiter ausübt.

Dr. Kilimann

Vorsitzender der SGK M/V

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklen- burg/Vorpommern e.V.



Mecklenburg
SGK
Vorpommern

Rostock, 15.2.93

Liebes Vorstandsmitglied
der SGK Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Heinz Müller

Zu unserer nächsten **V o r s t a n d s s i t z u n g**
möchte ich Dich nach O-2356 Sellin/Rügen
am 26.3.93 ab 19.30 Uhr herzlich einladen.
Wir wollen uns im Cliff-Hotel treffen, wo auch
v. 26.3. - 27.3.93 die SGK/FES- Fachkonferenz zur
Kommunalverfassung M/V stattfindet.
Bei Anmeldung zu diesem Seminar ist auch die
Möglichkeit der Übernachtung im Hotel gegeben.

Für die Vorstandssitzung ist folgende Tagesordnung
vorgesehen:

1. Übergabe der Geschäftsführung an Heinz Müller
2. Darstellung der Situation der SGK M/V e.V.
nach Vereinseintragung und Eröffnung der
Geschäftsstelle
3. Spezifizierung des Themas "Arbeitslosigkeit" das
auf der Fachkonferenz 18./19.6.93 in Plau
behandelt werden soll
4. Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz 1993

Teilnahmebestätigungen für die Vorstandssitzung
bitte über 0385213042 an die Geschäftsstelle Schwerin
geben.

Herzliche Grüße

Wolfgang Herrmann
Wolfgang Herrmann
amt. Geschäftsführer

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Info-Dienst

Nr. 1

Juni 1993

Seite

Heinz Müller: Die erste Ausgabe

2

Dr. M. Klaus Kilimann: Die Landes-SGK Mecklenburg-Vorpommern
vor der Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock

2

Zuarbeit zum SGK - Rechenschaftsbericht
für den 11.09.93

- Erste Gründungsversammlung der SGK M/V am 6.10.1990
in Rostock mit 72 "neuen" SGK - Mitgliedern
- Entwicklung der nachfolgenden rund 2 Jahre gekennzeichnet
durch:
 - * mehrere Ansätze für eine genehmigungsreife Satzung
sowie die Vereinseintragung
 - * sehr gute Zusammenarbeit mit der FES
(7 landesweite Fachseminare, 3 Spezialseminare)
 - * Wechsel der Geschäftsführung und der Geschäftsräume
 - * stark eingeschränkte Möglichkeiten der Beitragskassierung
durch fehlende Vereinseintragung
- Für Aufwendungen der SGK wurden von 1991 bis Febr. 1993
insgesamt 1389,93 DM ausgegeben (Revision o.B.)
Einnahmen 1455,00 DM
Rest 65,07 DM (Barübergabe am 11.9.93)

Vor den Wahlen 1994
Aufruf von HARALD RINGSTORFF,
Landesvorsitzender der SPD Mecklenburg-Vorpommern und
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Freunde,

jetzt geht's los! Vielen von Euch wird dieser Spruch bekannt vorkommen, dient er doch bei Sportveranstaltungen häufig zur Anfeuerung der eigenen Mannschaft, wenn es ernst wird. Als Landesvorsitzender unserer SPD in Mecklenburg-Vorpommern möchte ich Euch heute genau diese Worte zurufen. Die Kommunalwahlen werfen ihre Schatten voraus. Überall hat in den Ortsvereinen, Kreisverbänden und Unterbezirken die Diskussion um Wahlprogramme begonnen, werden geeignete Kandidaten aufgestellt.

**Initiative gegen Diebstahl und
Gewalt in Mecklenburg-
Vorpommern -
eine wichtige Aufgabe für
Kommunalpolitiker**
 von Prof. Dr. Rolf Eggert,
 Innenpolitischer Sprecher der SPD-
 Fraktion im Landtag von Mecklenburg-
 Vorpommern



Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in
 Mecklenburg-Vorpommern e. V.
 Wismarsche Str. 152, 19053 Schwerin
 Tel. 0385/5574009

Schwerin, 15. Sept 1994

An die
ehrenamtlichen Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern,
 die der SPD angehören oder auf SPD-Listen kandidiert haben

Liebe Freunde,

zu einer Bürgermeisterbesprechung lade ich Euch sehr herzlich für

**Freitag, den 30. September 1994, 15 Uhr, in das Haus der Kirche,
 Grüner Winkel 10, 18273 Güstrow,**

ein.

Wir werden diesen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit einem gemeinsamen Kaffeetrink beginnen und gegen 18 Uhr gemeinsam das Abendessen einnehmen.

Thematisch schlage ich Euch folgende Punkte vor:

1. Mitteilungen
2. Vorstellungsrunde
3. konkrete Probleme in den ersten Monaten der Tätigkeit als Bürgermeister
4. Erwartungen an das Bildungsangebot der SGK
5. Vereinbarung über (regionalisierte) regelmäßige Treffen der Bürgermeister
6. Verhältnis von Kommunalpolitik und Landespolitik und Erwartungen der Kommunalpolitiker
7. Verschiedenes

Selbstverständlich können wir diese Liste nach Euren Wünschen und Vorstellungen verändern

An den Beratungen wird

Rolf Eggert,

der für den Fall einer sozialdemokratischen Regierungsübernahme als Innenminister und dann Kommunalminister vorgesehen ist, teilnehmen. Außerdem wird ab 18.30 Uhr, also ab dem Abendessen, auch

**„Besser hat es nur der Papst.“
 Neue Kommunalverfassung für
 Mecklenburg-Vorpommern
 verabschiedet**

"Besser hat es nur der Papst." Gottfried Timm, evangelischer Theologe und parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Schweriner Landtag, goss seinen ganzen Spott über den Entwurf der Regierungskoalition für eine Kommunalverfassung für Mecklenburg-Vorpommern. Für Bürgermeister und Landräte sieht der Entwurf eine Amtszeit zwischen sieben und neun Jahren vor - die Entscheidung hierüber trifft die Stadtvertretung bzw. der Kreistag in der Hauptsatzung. Mit nur zwei demokratischen Legitimationen bis zu 18 Jahre im Amt, wahrlich eine Regelung, die ihresgleichen sucht.

Funktionalreform 1994

von Siegfried Frieze

Mit dem in der April-Sitzung des Landtages verabschiedeten und am 5. Mai 1994 verkündeten Gesetz über die Funktionalreform ist Mecklenburg-Vorpommern das erste der neuen Bundesländer, das in größerem Umfang staatliche Aufgaben von der Landesebene auf die kommunale Ebene verlagert.



Sigrid Keler

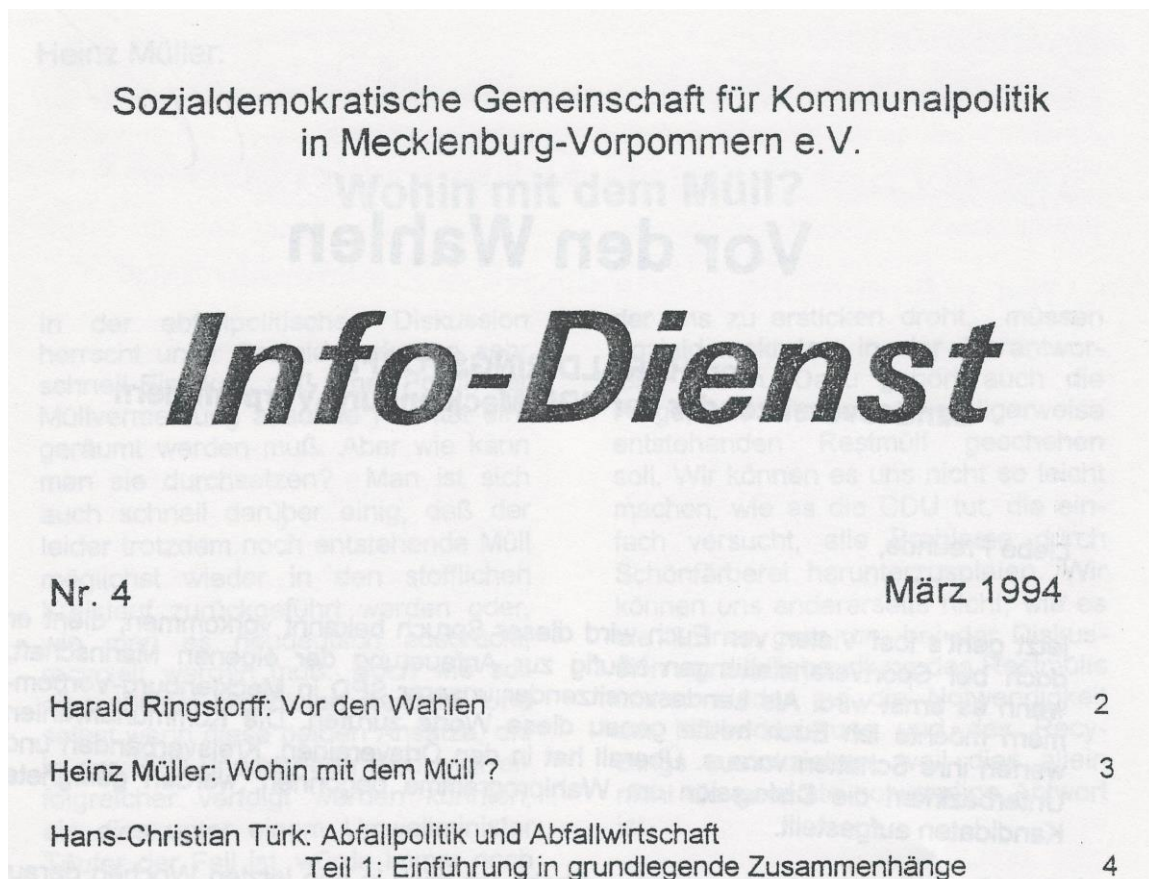
*"Kommunen ernst nehmen -
Schluss mit dem undemokratischen
Zentralismus der Landesregierung!"*

Sigrid Keler

„Innenministerium plant drastische Beschränkungen der Rechte der Gemeindevertretungen.“

Heinz Müller

Einstimmig(!) in seinem Amt bestätigt wurde unser (SGK-)Vorsitzender Landrat Dr. Udo Drefahl.



1995

„Die kommunale Selbstverwaltung stärken - ein sozialdemokratisches Anliegen in der großen Koalition.“

Gottfried Timm

Erfreuliche Mitgliederentwicklung in der SGK Mecklenburg-Vorpommern

„Regierungsentwurf zum Finanzausgleichsgesetz 1995 - oder Was die Landesregierung unter "auskömmlich" versteht.“

Heinz Müller

Menüvorschlag eines ungenannt bleiben wollenden Landespolitikers für ein Arbeitsessen mit Kommunalpolitikern

Vorspeise:	warme Händedrucke mit tiefgekühlter Herzlichkeit garniert altbackene Grußworte brühwarmes Eigenlob
Hauptgänge:	gedämpfter Optimismus mit hartgesottenen Standpunkten und süß-sauren Dementis angeschnittene Probleme mit Phrasensoße echtes Anliegen nach Sonntagsrednerart dazu Unausgegrenztes und eingelegte Widersprüche
Desserts:	gefrorenes Lächeln Gemeinplätzchen alter Käse kalter Kaffee
Weine:	Plappersberger Miesling Schwulstheimer Langweiler Simpelsbacher Schwätzerling

„Der lange Weg nach Westen oder Wo liegt eigentlich Schwerin?“

von Gunter Albert

„Arbeitslosigkeit ist das größte Problem unserer Gesellschaft.“

Hinrich Kuessner

Das neue Finanzausgleichsgesetz wirft seine Schatten voraus

Bekanntlich soll das neue Gesetz, das **erstmalig** in Mecklenburg-Vorpommern **differenzierte Schlüsselzuweisungen** vorsieht, am 1. Januar 1997 in Kraft treten. Äußerer Anlass ist, dass ab diesem Termin die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer nicht mehr gleichmäßig nach der Einwohnerzahl auf die Kommunen verteilt werden, sondern exakt danach ausgerechnet werden, wieviel Einkommensteuer die Bürger der jeweiligen Gemeinde bezahlen. Damit wird es noch mehr, als dies bisher der Fall ist, arme und weniger arme Gemeinden in unserem Land geben.

Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung: Der Berg kreiste - und gebar ein Mäuslein.

*Ein Gespenst geht um in Mecklenburg-Vorpommern, das Gespenst der **Verwaltungsreform**. In besonderer Weise hat es sich unserer Ministerpräsident auf die Fahnen geschrieben, der damit mächtig durch unsere Pressemedien geht und verkündet, hier einen wesentlichen Schritt zur Einsparung öffentlicher Gelder tun zu wollen.*

Heinz Müller



Übersicht über die beschlossenen Kreisumlagen 1997 (Uecker-Randow: Verwaltungsvorlage)

Landkreis	Kreisumlage 1997 (%)
Bad Doberan	20,3
Demmin	20,4
Güstrow	19,45
Ludwigslust	19,8
Mecklenburg-Strelitz	20,2
Nordvorpommern	22,8
Nordwestmecklenburg	20,5
Müritz	18,43
Ostvorpommern	21
Parchim	20
Rügen	18,5
Uecker-Randow	21,6 (erw.)

Das Reförmchen von Heinz Müller

Was lange gärt wird endlich Wut. Besser lässt sich das Gefühl wohl kaum beschreiben, das einen bei Betrachtung des Entwurfs der Novellierung der Kommunalverfassung beschleicht.

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, bei der Novellierung der Kommunalverfassung auf die Durchsetzung des "Konnexitätsprinzips" zu drängen, also des Prinzips, dass Gemeinden nur dann Aufgaben übertragen werden dürfen, wenn auch die Mittel, die zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sind, bereitgestellt werden.

1997

Kommt die Gemeindegebietsreform?

Novelle der Kommunalverfassung beschlossen

Der Berg kreiste und gebar ein Mäuslein. Wie kaum eine andere beschreibt diese Spruchweisheit das Ergebnis der Novellierung der Kommunalverfassung durch den Landtag. Denn das, was hier nach monatelangen Diskussionen, Anhörungen, Ausschusssitzungen und Debatten herauskam, ist mehr ein Reförmchen als eine Reform.

Beschluss der SGK-Mitgliederversammlung vom 15.10.1997

Nochmalige Novellierung der Kommunalverfassung: Umsetzung des Forderungskataloges der SGK...



**SGK
M-V**

Info-Dienst

SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT
für KOMMUNALPOLITIK in MECKLENBURG-VORPOMMERN e.V.



Herausgeber • Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V. • Verantwortlich für den Inhalt • Heinz Müller • Lübecker Str. 111-113 • 19059 Schwerin
Gestaltung • Henning Bielfeldt • Marienstraße 7 • 19249 Lüthten • Druck • RAUTENBERG multipress-verlag GmbH • Mendener Str. 29-33 • 53840 Troisdorf

Nr. 18
Februar 1997

Inhaltsverzeichnis

- S. 1 Neues von der Bundes-SGK
- S. 2 Zur Lage in Güstrow
- S. 3 Steuerliche Behandlung der Ehrenamtliche Mitglieder kommunaler Vertretungen erhalten:
- S. 4 Keine Angst vor dem Euro!
- S. 6 Hans-Erich Höpner – „Ökomanager des Jahres 1996“
- S. 8 Muß eine Gemeinde Windkraftanlagen erlauben?
- S. 8 Impressum „Info-Dienst“
- S. 9 Beschlüsse der Abteilung Verfassungsrecht des 61. Deutschen Juristentages.
- S. 10 Bürgerbegehren gegen einen Beschluß der Gemeindevertretung
- S. 12 Bekanntmachung der



Aus „Der Landkreis“ 1/1997

Neues von der Bundes-SGK

Jürgen Kanehl

Am Freitag, dem 13. Dezember 1996, fand die letzte Sitzung des Bun-

dalpolitischen Themen beschäftigen sollen:

- Projektgruppe 1 „Wirtschaftliche Finanzen“

1998

Für einen Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker,

wir stehen mitten in einem sehr bedeutenden Jahr. Mit dem Wahljahr 1998 stellt sich für die Wählerinnen und Wähler eine entscheidende Frage: Soll es bei der konservativ-liberalen Politik des „Weiter-so“ bleiben oder bekommt Deutschland, bekommt auch Mecklenburg-Vorpommern eine andere Politik, eine Politik, die von Aufbruch, Innovation und Gerechtigkeit gekennzeichnet ist. Werfen wir kurz einen Blick auf die Ausgangssituation in Mecklenburg-Vorpommern:

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor dramatisch. Die **Arbeitslosenquoten** um **20%** sprechen hier eine deutliche Sprache...

Zur Diskussion über die Finanzausstattung der Kommunen 1998

Schlimm, schlimm. Da ist der Landtag mit *seiner* Entscheidung am 29. Januar 1998 über den Landeshaushalt weitestgehend dem Beschluss der Landesregierung vom 18. November 1997 gefolgt. Und dies bedeutet, dass den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern 1998 **trotz zunehmender Aufgaben erheblich weniger Mittel** zur Verfügung gestellt werden als noch im letzten Jahr.

Kommunaler Präventionsrat in Bad Kleinen - erste Erfahrungen

„Eine Antwort der Kommunalpolitiker auf Kriminalität, Gesetzeswidrigkeiten und Ordnungsverletzungen ist der kommunale Präventionsrat“, sagten sich die Mitglieder der SPD Bad Kleinen und baten ihren Bürgermeister, einen solchen für die Gemeinde einzuberufen.

Hauptaufgaben einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung zur Stärkung der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern

Das Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den Gemeinden, Städten und Landkreisen in unserem Land die Chance zu geben, sich sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich zu entwickeln. Das unmittelbare Umfeld der Bürgerinnen und Bürger ist die Kommune, in der sie sich wohl fühlen wollen und in der sie die häufigsten Kontakte mit Behörden haben. Deshalb braucht unser Land moderne, leistungsstarke und bürger-nahe Kommunen. Durch eine Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen, zu denen folgende gehören, ist dieses Ziel zu erreichen.

Gebühren ohne Ende?

Es ist noch nicht so lange her, und deshalb erinnern wir uns alle gut an die Worte unseres Ministerpräsidenten: Fünf DM pro Kubikmeter Abwasser seien die Obergrenze, die nicht überschritten werden dürfe. Die Worte hörten wir wohl.....

Jürgen Kanehl heißt der neue Landesvorsitzende der SGK Mecklenburg-Vorpommern. Der Bürgermeister der Stadt Wolgast und stellvertretende SGK-Bundesvorsitzende wurde von der Mitgliederversammlung am 30. Oktober ohne Gegenstimme in sein neues Amt gewählt.

Bei den Landtagswahlen im September 1998 wurde SGK-Landesgeschäftsführer Heinz Müller bekanntlich in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Anschließend wurde zwischen ihm und dem SGK-Vorstand ein Vertrag geschlossen, wonach er, eine Bestimmung des Abgeordnetengesetzes anwendend, seine Arbeitszeit bei der SGK auf 40 % der normalen Arbeitszeit reduziert. Natürlich wird bei einem solchen Vertrag das Gehalt ebenfalls abgesenkt.

Info-Dienst

Nr. 28

Ausgabe Dezember 1998

Inhalt	Seite
Heinz Müller: SGK-Mitgliederversammlung blickt nach vorn	2
Beschlüsse der SGK-Mitgliederversammlung	3
Der neugewählte SGK-Vorstand	5
Erfolge von SGK-Mitgliedern bei der Landtags- und Bundestagswahl	7
Impressum	7
Energiewirtschaft	8
Heinz Müller: Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung	9
Gerhard Diekmann: Kommunale Wirtschaftsförderung in der Informationsgesellschaft	10
Ausführliches von der Bundesdelegiertenversammlung der Bundes-SGK - zusammengestellt von Jürgen Kanehl	13
Veranstaltungshinweise	26
In eigener Sache	26
Anhang: Auszüge aus den Koalitionspapieren	ab 27

SGK

Mecklenburg-
Vorpommern

Kommunalwahl 1999 – Ergebnisse

	1994		Landrat/OB	1999		Differenz	
	Sitze	Prozent		Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Hansestadt Rostock							
SPD	16	27,3	x	16	27,6	0	0,3
CDU	11	18,3		16	28	5	9,7
PDS	20	33,2		18	31,9	-2	-1,3
Bündnis 90/Grüne	6	10,7		3	5,9	-3	-4,8
Hansestadt Wismar							
SPD	24	48,8	X	16	42,8	-8	-6
CDU	9	19,2		10	26,2	1	7
PDS	10	20		8	19,5	-2	-0,5
FDP	0	4,8		3	8,1	3	3,3
Schwerin							
SPD	17	31,1	X	11	22,2	-6	-8,9
CDU	8	15,4		16	30,7	8	15,3
PDS	18	34		15	30	-3	-4
Bündnis 90/Grüne	4	7,4		3	6,1	-1	-1,3
Einzelbewerber	-	0		2	2,4	2	2,4
Hansestadt Greifswald							
SPD	7	15,4		8	17,4	1	2
CDU	19	40	X	21	47	2	7
PDS	13	28		11	23,7	-2	-4,3
Bündnis 90/Grüne	3	7,1		3	6,4	0	-0,7
Einzelbewerber	1	1,8		-	0	-1	-1,8
Hansestadt Stralsund							
SPD	10	21,5		10	20	0	-1,5
CDU	18	37,2	X	20	42,7	2	5,5
PDS	12	25,2		12	25,6	0	0,4
Bündnis 90/Grüne	3	5,7		-	4,1	-3	-1,6
Neubrandenburg			parteilos				
SPD	11	23,2		10	21,8	-1	-1,4
CDU	14	28,3		17	34,9	3	6,6
PDS	16	32,1		16	34,1	0	2
Bündnis 90/Grüne	3	5,4		-	1,5	-3	-3,9
Einzelbewerber	1	1,8		2	2,5	1	0,7

	1994		Landrat/OB	1999		Differenz	
	Sitze	Prozent		Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Nordwestmecklenburg							
SPD	19	34,2	X	15	26,8	-4	-7,4
CDU	15	27,2		22	38,1	7	10,9
PDS	11	19,4		11	19,9	0	0,5
Einzelbewerber	-	0		1	0,6	1	0,6
FDP	4	6,3		-	4,3	-4	-2
BV	4	6,2		4	7,5	0	1,3
Ludwigslust							
SPD	16	29,3	X	17	28,6	1	-0,7
CDU	16	29,7		21	36,6	5	6,9
PDS	10	18,8		11	18,3	1	-0,5
FDP	4	6,8		-	2,9	-4	-3,9
Bündnis 90/Grüne	4	7		-	4,4	-4	-2,6
BBLR	3	5		4	6	1	1
Parchim							
SPD	16	27,9	X	15	24,8	-1	-3,1
CDU	17	31,1		26	42,7	9	11,6
PDS	12	21,9		11	18,5	-1	-3,4
FDP	4	7,7		-	4,2	-4	-3,5
Bauern	3	5,3		-	4,2	-3	-1,1
Einzelbewerber	1	1		1	0,7	0	-0,3
Güstrow							
SPD	15	26,6	X	16	27,7	1	1,1
CDU	18	31,9		21	36,3	3	4,4
PDS	12	21,1		11	18,8	-1	-2,3
FDP	0	4,8		3	5	3	0,2
Bündnis 90/Grüne	4	7,9		-	3,4	-4	-4,5
UBB	3	5		-	3,8	-3	-1,2
Einzelbewerber	1	2,8		1	3,9	0	1,1
Bad Doberan							
SPD	14	27	X	15	25,9	1	-1,1
CDU	16	32		23	41,5	7	9,5
PDS	11	20,6		11	19	0	-1,6
FDP	3	5,2		3	5,5	0	0,3
BGF	3	6		-	2,7	-3	-3,3
Einzelbewerber	-	-		1	2,1	1	2,1

	1994		Landrat/OB	1999		Differenz	
	Sitze	Prozent		Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Müritz-Kreis							
SPD	13	27		13	27,2	0	0,2
CDU	15	31,7	X	19	39,1	4	7,4
PDS	8	16,7		8	16,8	0	0,1
Bündnis 90/Grüne	4	9		4	7,4	0	-1,6
Bauern	4	7,2		3	5,5	-1	-1,7
FDP	3	5,7		-	3,9	-3	-1,8
Mecklenburg-Strelitz							
SPD	16	28,9	X	13	25,5	-3	-3,4
CDU	19	34		23	43,1	4	9,1
PDS	12	20,4		11	20,9	-1	0,5
Uecker-Randow							
SPD	10	18,1		8	17	-2	-1,1
CDU	20	37,8	X	21	42,8	1	5
PDS	12	23,3		10	20,8	-2	-2,5
FDP	4	7,7		3	5,9	-1	-1,8
BB-UER	-	-		5	11,2	5	11,2
Einzelbewerber	1	1,7		-	1,6	-1	-0,1
Demmin							
SPD	12	21		9	18,2	-3	-2,8
CDU	26	45,1	X	27	52	1	6,9
PDS	12	20,8		11	20,2	-1	-0,6
FDP	3	6		-	4,1	-3	-1,9
Ostvorpommern							
SPD	11	18,7		14	22,7	3	4
CDU	22	36,4	X	28	47,2	6	10,8
PDS	14	24,1		11	18,5	-3	-5,6
FDP	6	9,4		-	3,1	-6	-6,3
Nordvorpommern							
SPD	12	21,7		11	18,7	-1	-3
CDU	23	41,1	X	30	49,5	7	8,4
PDS	11	20,4		11	18,8	0	-1,6
FDP	3	5,6		-	3,8	-3	-1,8
Bauern	4	6,2		-	4,7	-4	-1,5
Einzelbewerber	-	-		1	1,8	1	1,8

	1994		Landrat/OB	1999		Differenz	
	Sitze	Prozent		Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Rügen			parteilos				
SPD	7	13,8		7	15,9	0	2,1
CDU	14	27,7		17	37,2	3	9,5
PDS	14	28,5		11	22,4	-3	-6,1
FDP	4	8,6		5	10,5	1	1,9
Bündnis Rügen	7	14,8		5	9,9	-2	-4,9
Einzelbewerber	1	1,2		1	3,4	0	2,2
Mecklenburg-Vorpommern (Gesamt)							
SPD		25,6		24			-1,6
CDU		30,6		39,9			9,3
PDS		24,3		21,9			-2,4
FDP		5,4		4,1			-1,3
Bündnis 90/Grüne		4,2		1,9			-2,3
Sonstige		9,9		8,2			-1,7

Anzahl Gemeinden mit SPD Listen

(Angaben vom Landeswahlleiter) unter Berücksichtigung der veränderten Gemeindezahlen

	Gemeinden		Listen SPD		Vergleich		Differenz
	1994 gesamt	1999 gesamt	1994 gesamt	1999 gesamt	1994 in %	1999 in %	in %
Nordwestmecklenburg	111	108	52	54	46,85	50	3,1
Ludwigslust	123	119	35	39	28,46	32,77	4,3
Parchim	92	91	33	36	35,87	39,56	3,6
Güstrow	100	93	66	49	66	52,69	-13,3
Bad Doberan	85	76	34	38	40	50	10
Müritz-Kreis	75	75	37	38	49,33	50,67	1,3
Mecklenburg-Strelitz	81	81	37	32	45,68	39,51	-6,1
Uecker-Randow	65	61	18	27	27,69	44,26	16,5
Demmin	92	90	30	31	32,61	34,44	1,8
Ostvorpommern	110	107	36	36	32,73	33,64	0,9
Nordvorpommern	96	81	28	28	29,17	34,57	5,4
Rügen	45	45	16	23	35,56	51,11	15,5
Mecklenburg-Vorpommern Gesamt	1075	1027	422	431	39,26	41,97	2,7

Eine Geschäftsstelle für unsere Fraktion - Verschwendung oder Unverzichtbar

Die Zukunft der Gemeinden unter dem gegenwärtigen finanziellen Druck

Von Prof. Dr. Dieter Schröder, ehem. Oberbürgermeister und Lehrbeauftragter an der Universität Rostock, Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften, gehalten vor dem Finanz- und Personalausschuss beim Städte- und Gemeindetag am 15. April 1999 im Rathaus der Hansestadt Rostock Bericht aus der aktuellen kommunalen Forschung des Institutes für Politik und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock



Wir sind umgezogen!

Am 29. September 1999 ist die SGK-Geschäftsstelle wieder in die Wismarsche Str. 152, 19053 Schwerin, in das nunmehr sanierte SPD-Haus gezogen.

Beschluss der SGK-Mitgliederversammlung am 15.10.1999

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern e. V. (SGK) tritt für eine nachhaltige Modernisierung der kommunalen Gebietskörperschaften ein. Viele der über 1.000 Gemeinden in unserem Bundesland von 1,8 Millionen Einwohnern sind nicht in der Lage, dauerhaft ihre Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen. Dieses gilt z.B. für solche Aufgaben wie die Schulträgerschaft oder den Brandschutz, aber auch hinsichtlich der erforderlichen Zukunftsinvestitionen in Infrastrukturmaßnahmen, wie den Straßenbau...

Standardöffnungsgesetz – Der schwierige erste Schritt

Seit Jahren wird in unserem Land – und nicht nur in unserem – heftig über das Thema Normen und Standards diskutiert, ohne dass etwas Durchgreifendes passiert wäre. Im Gegenteil: ständig kommen durch Gesetzgebung, Verwaltungshandeln, vor allem aber auch durch Gerichtsentscheidungen und Versicherungsvorschriften neue Normen und Standards hinzu, die das Handeln kommunaler Verwaltungen einengen.

Dem Innenausschuss des Landtags liegen seit geraumer Zeit zwei Gesetzentwürfe vor, die sich dieses Themas annehmen.

Enquetekommission vor der Konstituierung

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels liegt der Auftrag des Landtags zur Gründung einer Enquetekommission beim Innenausschuss zur weiteren Beratung. Der Innenausschuss plant, vor seiner Beschlussfassung eine Anhörung der kommunalen Landesverbände.

Grundsätzlicher Auftrag der Enquetekommission wird es sein, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Gemeindestruktur der Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern aussehen soll.

Neues kommunales Haushaltsrecht

Auf einer Tagung der SGK diskutierten am 14. und 15. Juli 2000 in Stavenhagen zahlreiche Kommunalpolitiker und Kämmerer der Gemeinden, Ämter und Kreise Mecklenburg-Vorpommerns über Alternativen zum bestehenden kommunalen Haushaltssystem. Referent der Tagung war u. a. Innenminister Dr. Gottfried Timm...

Thomas Krüger verlässt die SGK

Mit Wirkung vom 1. Dezember 2000 hat unser Mitarbeiter Thomas Krüger die SGK verlassen und ist in die Funktion des Landesgeschäftsführers der SPD Mecklenburg-Vorpommern gewechselt. Für die SGK ist dies bedauerlich und erfreulich zugleich.

Neue E-Mail

Wie bereits im Frühjahr in einem Mitgliederrundschreiben angekündigt, haben wir unsere E-Mail Adresse geändert. Bislang haben wir noch beide Anschriften parallel laufen lassen. Zum Jahreswechsel wird unsere alte Adresse (heinzmueller.sgkmv@t-online.de) abgeschaltet. Ihr erreicht uns dann ausschließlich unter: sgk.mv@t-online.de

10 Jahre SGK M-V

Dass die Mitglieder und Gäste der SGK so zahlreich zu unserer „Geburtstagstagung“ kommen würden, hatten die Organisatoren nicht erwartet. Umso größer war die Freude.

Die Kür der Gemeinden zwischen moderner Dienstleistung, Selbstdarstellung, Zukunftschancen und Träumereien

Kommune im Internet, ein Reizbegriff in der täglichen Diskussion, der je nach Technikbesessenheit einzelner Kommunalpolitikerinnen oder Politiker, Verwaltungsleute oder Tourismusverantwortlichen manche Stilblüte treiben kann.

Es ist an der Zeit, die Diskussion zu versachlichen und mit Augenmaß für das Sinnvolle den Kommunen Hilfestellung im Umgang mit dem Medium Internet zu geben, denn eines ist Tatsache: Die Entscheidungsträger in den Kommunen sind zumeist mit dem Problemkreis überfordert.

2001

Neue Grundlage für das Finanzausgleichsgesetz

Landesregierung und kommunale Landesverbände haben sich -es war in der Presse zu lesen- auf neue Grundsätze für die Entwicklung der Finanzausgleichsmasse geeinigt, die vom Land der kommunalen Ebene zur Verfügung gestellt wird. Die wesentlichen Grundsätze der neuen Regelung sollen hier nochmals kurz dargestellt werden, ohne dabei bis in die Details zu gehen. Insgesamt steht die neue Regelung des Finanzausgleichsgesetzes unter dem Vorbehalt, dass der Landtag eine entsprechende gesetzliche Neuregelung noch beschließen muss.

Grundgedanke des neuen Entwurfs ist der „Gleichmäßigkeitsgrundsatz“

Beschlüsse der Enquetekommission zur Ämter- und Gemeindestruktur

In den Medien sind lange Zeit Zwischenergebnisse Diskussionsstände und Meinungsäußerungen aus der Enquetekommission so behandelt worden als handele es sich schon um endgültige Beschlussfassungen. .. 25. Oktober 2001

Nach der Bearbeitung der Arbeitsaufgaben „Funktionalreform“ und „Stadt-Umland-Problematik“ soll überprüft werden ob die jetzt beschlossenen Rahmendaten bestand haben oder einer Modifikation bedürfen. Aber zumindest ist das, was jetzt auf dem Tisch liegt, Ergebnis einer Abstimmung in der Gesamtkommission.

Mindesteinwohnerzahl für Gemeinden von 500

Ämter sollen zukünftig in der Regel 8000 Einwohner und mehr haben, mindestens jedoch über 6000 Einwohner - Freiwillige Ämterfusionen sollen bis zum 31. Dezember 2004 gefördert werden

Ein Amt soll zukünftig nicht mehr als zehn amtsangehörige Gemeinden umfassen...

Umfassende Novellierung des Kommunalwahlgesetzes wird vorbereitet

Der Spruch des Landesverfassungsgerichtes war eindeutig: Der Landtag muss wenn er an eine wie auch immer geartete Novellierung des Kommunalwahlgesetzes herangeht sich intensiv mit der Frage der 5 % Klausel auseinandersetzen

Drastische Einbrüche bei den Gewerbesteuerereinnahmen gefährdeten die Haushalte der größeren Städte

Die Entwicklung der Steuereinnahmen in den größeren Städten in Mecklenburg-Vorpommern ist besorgniserregend.

2002

Kommunalfinanzen: Die Lage verschärft sich weiter

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir möchten euch bitten, uns - falls vorhanden - eure E-Mailadresse (am liebsten per Mail) mitzuteilen, damit wir euch in unser Adressbuch aufnehmen können und baldmöglichst die Rundschreiben, Einladungen, etc. per Mail versenden können.

Umsetzung des Konnexitätsprinzips

Endlich, nachdem am 20.04. 2000 das Konnexitätsprinzip Eingang in die Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern fand, ist es der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden jetzt gelungen, sich auf verbindliche Umsetzungsregelungen zu einigen...

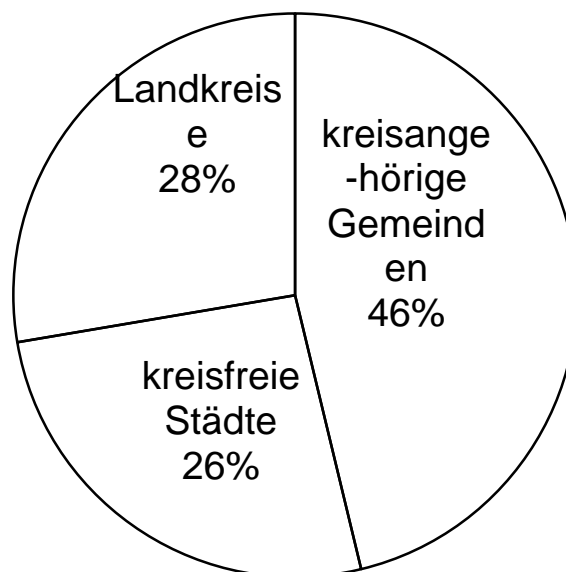
25 Jahre Bundes-SGK werden in Dortmund gefeiert

Der Vorstand der Bundes-SGK hat entschieden, dass die nächste ordentliche Delegiertenversammlung am 27./28. Juni 2003 in Dortmund stattfinden soll. Auf dieser Veranstaltung wird auch das 25 jährige Bestehen der Bundes-SGK u.a. mit den Gründungsvorsitzenden Rudi Arndt und Günter Samtlebe gefeiert werden. Weitere Einzelheiten zu dieser Veranstaltung werden in der zweiten Jahreshälfte 2002 von der Bundes-SGK veröffentlicht werden.

„...Wenn eine gute Bildung keinen Wert, kein anzustrebendes Ziel, keine Chance zur Verwirklichung eigener Lebensperspektiven darstellt, stimmt etwas nicht im System und wir sind gut beraten, ernsthaft an der Ursachenbekämpfung zu arbeiten. Neben der Frühförderung von Kindern ist die verstärkte Verknüpfung von Bildung und Erziehung ein wichtiger Ansatzpunkt. Ein sinnvolles Ganztagschulenkonzept kann einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung des Ist-Standes leisten...“



Heike Polzin
schulpolitische Sprecherin
der SPD-Landtagsfraktion

Finanzausgleichsmasse

...In dieser für die SPD schwierigen Situation mussten wir uns im Jahr 2002 erstmals der Direktwahl des Oberbürgermeisters stellen. Mit einem erheblichen persönlichen Einsatz vieler Rostocker Genossinnen und Genossen und trotz einer insgesamt enttäuschenden Wahlbeteiligung gelang es uns aber, bereits im ersten Wahlgang einen deutlichen Vorsprung vor dem Kandidaten der CDU zu erzielen und in den erforderlichen zweiten Wahlgang ein klares Ergebnis für die SPD zu erreichen...

Notwendigkeiten einer Gemeindefinanzreform in Deutschland

...Im Mittelpunkt einer realistischen Lagebeurteilung stehen nicht kurzfristige konjunkturelle Phänomene oder Fehlverhalten der Kommunalpolitik, darauf könnte man die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform nicht stützen, sondern dauerhafte systemische Mängel, von denen die heutige gewinnabhängige Gewerbesteuer mit ihren Streuungen, Schwankungen und Anfälligkeiten nur einen von mehreren Mängeln darstellt...

**SPD-Fraktion HST**

2003

Mut zur Veränderung
Leitantrag des SPD-Parteivorstands zum Sonderparteitag
am 1. Juni 2003 in Berlin

Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010 – Arbeit und Wachstum, Bildung, Ausbildung und Innovation, Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung, Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme

Bildung von Verwaltungsgemeinschaften erleichtern!

Auf Initiative vom Bürgermeister Dr. Uwe Heinze (Stadt Laage) fand am Nachmittag des Gründonnerstags eine Konferenz zur Bildung von Verwaltungsgemeinschaften statt, die aus dem ganzen Land von betroffenen Ämtern und amtsfreien Gemeinden sehr gut besucht worden ist. In der Stadtscheune von Laage erläuterte Initiator Dr. Heinze seine Bemühungen und die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft dem Amt Laage-Land und die ablehnenden Argumente, die er vom Innerministerium erhalten hat...

Bundesverwaltungsgericht: Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen zulässig

Bitte vormerken:

Am **25.10. 2003** wird die SGK eine weitere Veranstaltung zur Problematik der **Novellierung des Kommunalabgabengesetzes** durchführen.

Angeregt wurde dies durch die „Runde hauptamtlicher Bürgermeister“, die sich bei ihrem letzten Treffen sehr kritisch mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und weiterer kommunalrechtlicher, wasser-

rechtlicher und sonstiger Vorschriften“ auseinander setzte.

Die nötige Schaffung von Rechtssicherheit für die Umsetzung einiger Regelungen im Entwurf eines neuen Kommunalabgabengesetzes war hier Auslöser der Überlegungen.

Die Einladung mit Tagesordnung wird Anfang Oktober versandt.

Zwischenbericht zur Funktionalreform

Seit Ende August liegt der Zwischenbericht der Landesregierung zur Funktionalreform vor, aber viele Erwartungen, die an dieses Papier gerichtet wurden, sind, so kann man den öffentlichen Reaktionen entnehmen, offenkundig nicht erfüllt.

Auszug aus einem „Hilferuf an die Landesregierung“

...Ihr würdet also mit eurer Kürzung einen Teil der öffentlichen Verwaltung dazu zwingen, sich gesetzwidrig zu verhalten. Über die politischen Auswirkungen des weitgehenden oder völligen Streichens des freiwilligen Bereiches muss ich hier keine weiteren Ausführungen machen. Ich weise aber darauf hin, dass unter diesen Rahmenbedingungen die SPD erhebliche Einbrüche bei den Kommunalwahlen im Jahr 2004 erleiden wird. Die Förderung von Jugendarbeit, sozialen Anliegen, Sport, Kultur u.a. wäre nicht mehr möglich – die Folgen verheerend. Schon heute ist die ganz überwiegende Mehrheit der Ge-

meinden und auch der Landkreise und kreisfreien Städte nicht mehr in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wie dies nach dem Gesetz eigentlich vorgesehen ist. Zwar lässt das Gesetz hierfür Ausnahmen zu, geht aber dann davon aus, dass ein Fehlbetrag in den nächsten Jahren ausgeglichen wird. Hier-von sind wir jedoch weit entfernt; im Ge-genteil, es ist davon auszugehen, dass die Fehlbeträge sich von Jahr zu Jahr aufaddieren und jegliche Handlungsfähig-keit der Kommunen grundlegend zerstö-ren wird....

Novellierung der Kommunalverfassung – Veranstaltung am 27.08. 2003

Aus dem Inhalt:

In der „kleinen Novelle“ der Kommunalverfassung sollten vordergründig die Beschlüsse der Enquetekommission eingearbeitet werden einschließlich der vorgeschlagenen flankieren-den Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz.



(Quelle: www.landtag-mv.de)

Das Innenministerium nahm dies zum Anlass, „einige redaktionelle Korrekturen und Klar-stellungen“ sowie Bestimmungen „zum Abbau rechtsaufsichtlicher Einflussnahmemöglich-keiten“ einzuarbeiten und einige Deregulierungen vorzunehmen...



Foto: Bundesinnenministerium

E-Government – untrennbar verknüpft mit einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung

E-Government kommt eine Schlüsselrolle bei der umfassenden Reform von Staat und Verwaltung und den Fragen, wie Politik handelt und sich die Willensbildung vollzieht, zu.

Gemeinsamer Beschluss von SPD-Landesparteirat und Landesvorstand



Auf ihrer gemeinsamen „Marathonsitzung“ am 7. November beschlossen Landesparteirat und Landesvorstand der SPD nachfolgenden Antrag:

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, gemeinsam mit der Landesregierung alle Möglichkeiten zu prüfen, politische Prioritätensetzungen auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu erhalten.

Insbesondere in den Bereichen

*Kommunalfinanzen
Unterrichtsversorgung
Und Werftenstandorte*

muss politische Handlungsfähigkeit gewahrt werden

Begründung:

Die aktuelle Haushaltssituation zwingt dazu, alle bisherigen Eckwerte in Frage zu stellen und tabulos Leistungsgesetze, Konsolidierungspläne, Strukturen und Vereinbarungen im Koalitionsvertrag auf den Prüfstand zu stellen. Dennoch muss die Funktionsfähigkeit wichtiger Strukturen gewährleistet sein; dies erfordert Prioritätensetzung.

Andere Anträge, die sich ausschließlich auf Kommunalfinanzen bezogen, wurden zugunsten dieses weitreichenderen Antrags zurückgezogen.

Die Beratungen zur Umsetzung des gefassten Beschlusses dauern an.

Kurzinformationen der Bundes-SGK zum vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

(Stand: 20. Oktober 2003)

Die Bundes-SGK begrüßt das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV), das am 17. Oktober 2003 vom Bundestag beschlossen worden ist. Mit diesem Gesetz und durch das erste, zweite und dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wird in Deutschland ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpoli-

tik vollzogen. In Zukunft wird jedem Erwerbsfähigen – auf der Grundlage eines einheitlichen Bundesleistungsgesetzes – durch Fallmanagement mittels einer Eingliederungsvereinbarung und mit individueller Beratung sowie passgenauen Hilfen individuell geholfen, um wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig zu sein...

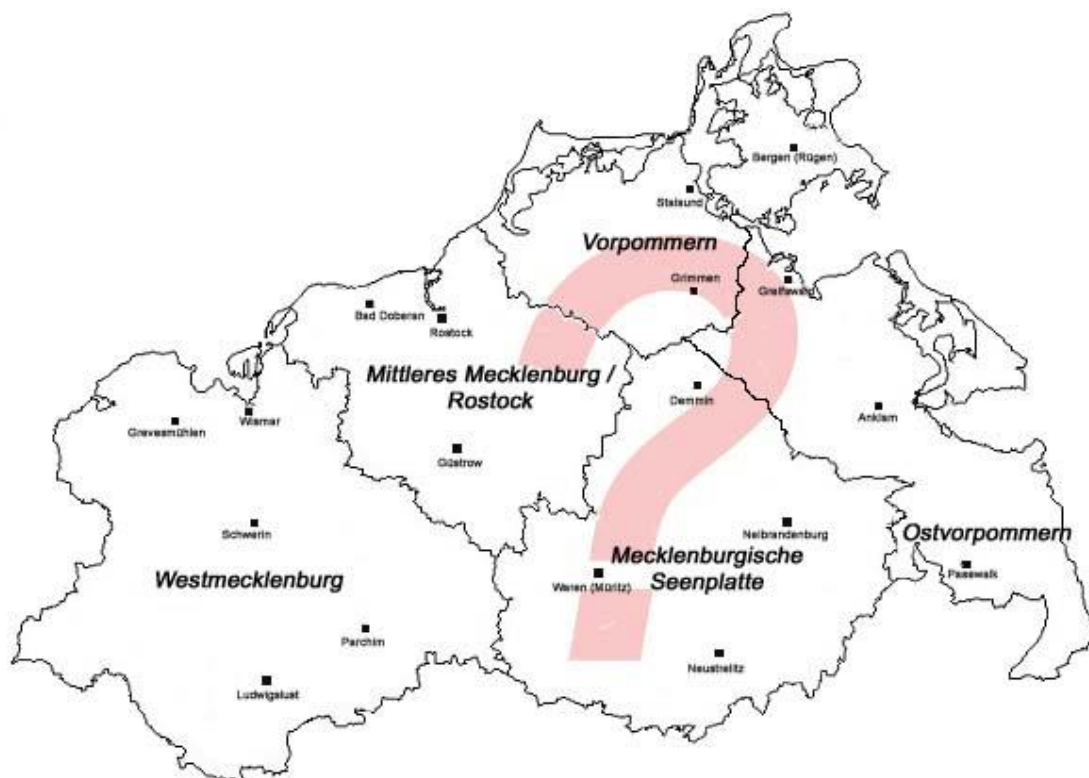
2004

Europa rückt auch weiter nach Osten

Am 1. Mai 2004, also in knapp sechs Monaten wird die Europäische Union um zehn Staaten erweitert. Sie wird um 740.000 km² größer und um rund 75 Mio. Einwohner reicher sein.

Mit dieser größten Erweiterung seit Bestehen der EU wird ein weiterer Schritt zur Integration Europas getan, denn die Europäische Union ist der beste Garant für Sicherheit, politische Stabilität und Wohlstand in ganz Europa.

Hätte vor ca. 15 Jahren jemand in unserem Land diese Entwicklung vorausgesagt, hätte man ihn sicher belächelt...



Durchbruch bei der Verwaltungsreform?

Monatelang schien die Regierungskoalition in der Frage der Verwaltungsreform nicht richtig von der Stelle zu kommen. Insbesondere bei der PDS gab es immer neue Probleme und Blockaden. Unrühmlich hervorgetan hat sich dabei insbesondere der frühere parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Landtagsfraktion Arnold Schönenburg, der offenkundig ganz andere Vorstellungen und Ziele hat und zeitweise die Diskussion in der PDS damit stark beeinflussen konnte.

Inzwischen allerdings scheinen die Bremsen gelöst und der Zug beginnt wieder, sich in Fahrt zu setzen...

Landkreise klagen gegen Grundsicherungsgesetz

ePartizipation – die Lösung zur Frage der Bürgeraktivierung und entsprechenden Realisierung von Einsparpotentialen in den Kommunen?

eGovernment, ePartizipation, eDemocracy und noch viele andere neue Begriffe geistern derzeit durch die Diskussion und die veröffentlichte Meinung. Handelt es sich dabei nur um eine neue wissenschaftlich initiierte Begriffsverwirrung oder um eine präzisierende Differenzierung der von öffentlichen Verwaltungen zunehmend unter dem Oberbegriff „eGovernment“ geforderten neuen Leistungsangebote/ Funktionalitäten über das Internet?..

Personalwechsel in der SGK-Geschäftsstelle

Nach dreijähriger Mitarbeit schied mit Ablauf des Januar 2004 die Kollegin Sandra Müller als Mitarbeiterin der SGK aus. Für die außerordentlich gute Zusammenarbeit bedanken wir uns bei Sandra ganz herzlich.

Seit dem 1. Februar heißt der neue kaufmännische Mitarbeiter der SGK Heiko Mecklenburg.

Gesetz zur Grunderwerbssteuerbefreiung bei Fusionen von Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften in den neuen Ländern

Die Finanzministerin Sigrid Keler informierte im Februar die Abgeordneten des Landtags darüber, dass unter maßgeblicher Beteiligung des Finanzministeriums M-V der Bundesrat am 13.02. 2004 dem Gesetz zur Grunderwerbsteuerbefreiung bei Fusionen von Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften in den neuen Ländern zugestimmt hat.

Mit voller Kraft - Für Mecklenburg-Vorpommern

Kommunalpolitische Leitlinien der SPD M-V

Einleitung

Die kommunale Selbstverwaltung bildet neben den parlamentarischen Systemen in Bund und Ländern eine der tragenden Säulen unseres demokratischen Systems. Hier entscheiden die Bürgerinnen und Bürger zum Teil selbst, in der Regel aber durch gewählte Organe über die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Demokratie vor Ort ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Demokratie überhaupt.

Prägendes Element der lokalen Demokratie ist das kommunale Ehrenamt sowie bürgerschaftliches Engagement. Die tausenden Bürgerinnen und Bürger, die in Gemeindevertretungen und Kreistagen ehrenamtlich politisch arbeiten, bilden das Herzstück der kommunalen Selbstverwaltung. Ihre Arbeit anzuerkennen und zu fördern bedeutet, die Demokratie in unserem Land zu stärken.

Mecklenburg-Vorpommern: Das Bild wird bunter

Die Kommunalwahlen vom 13. Juni 2004 haben in Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur auf der gemeindlichen Ebene sondern auch in Kreistagen und Stadtvertretungen von kreisfreien Städten ein erheblich bunteres Bild erzeugt als bisher. Nicht nur Einzelbewerber lockern das Bild der drei großen Parteien (CDU, SPD und PDS) auf, sondern der Wegfall der „5%- Klausel“ führt zu einem kräftigen Anwachsen von regionalen Bürgerlisten, vom „Rostocker-Bund“ über das „Bürgerbündnis Uecker-Randow“ bis zum „Usedomer Ring“ zogen sie in die Vertretungen neu ein oder verstärkten bereits vorhandene Positionen. Doch damit nicht genug -

auch die Vertretung kleinerer Parteien hat deutlich zugenommen. Dies gilt nicht nur für FDP und „Grüne/Bündnis 90“ sondern auch für andere recht unangenehme Zeitgenossen: Mag man den Sitz der Partei Bibeltreuer Christen im Kreistag Güstrow noch als operettenhaft abtun, so ist der Einzug der NPD in die Kreistage von Ludwigslust und Ostvorpommern, Müritz und die Bürgerschaft von Stralsund schon sehr ärgerlich. Ob die PDS, auf deren Drängen die Abschaffung der 5%- Klausel zurückzuführen ist, - ein einschlägiges Urteil des Landesverfassungsgerichts hat durchaus Spielräume gelassen – dies wohl bedacht hat?

Startschuss für LAVINE-Zugang

Mit einem Mausklick wurde Mitte März dieses Jahres im Landkreis Ludwigslust der Zugang der Kreisverwaltung zum Datennetz der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Corporate Network, LAVINE) frei geschaltet. Damit kann der Landkreis als erster landesweit die Funktionen dieses Netzes und hierüber auch die des Datennetzes TESTA der Bundes-

regierung nutzen. Schritt für Schritt werden auf diesem Weg Verbindungen zwischen Fachdiensten des Landkreises und Landes- oder Bundesbehörden wie dem Kraftfahrtbundesamt oder dem Ausländerzentralregister geschaltet. Gegenüber den bisherigen Verbindungen entstehen erhebliche Einsparungen und mehr Zuverlässigkeit und Sicherheit.

Regionalkonferenzen mit dem Innenminister

Das Kabinett wird im Oktober erstmals über den Gesetzentwurf zur Verwaltungsreform beraten. Termin für die zweite Beratung und Beschlussfassung soll bereits der 2. November sein. Unmittelbar danach beginnt die Anhörungsphase – es werden ca. 1.000 Gemeinden, Verbände u. a. angehört.

Der Gesetzentwurf geht von einem 5-Kreise-Modell aus. Die Oberzentren werden als Kreisstädte festgeschrieben. Kreisgrenzen werden bis auf Vorpommern die Grenzen der Planungsverbände sein.

Grundsätze der Personalfragen werden im Entwurf ebenso festgelegt, wie die Grundsätze für die Finanzbeziehungen während der Übergangsphase geregelt.

Um ausführlich über die Inhalte des Gesetzesentwurfs zu informieren, führen wir im November mit unserem Innenminister, Dr. Gottfried Timm, Regionalkonferenzen durch:

03.11.	Rostock
04.11.	Neubrandenburg
22.11.	Greifswald
25.11.	Schwerin

Eine Zensur findet statt

Diesen Frust haben wohl viele schon erlebt: Ein Thema ist in der Gemeinde in aller Munde und wird von der Bevölkerung heftig diskutiert. In der Bürgerfragestunde wird es von einem Fragensteller zum Gegenstand gemacht, doch dieser wird vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung zurück gewiesen: „Dazu dürfen sie nichts

fragen, das steht auf unserer Tagesordnung.“

Warum soll ein Bürger eigentlich nicht zu einem Thema fragen dürfen, das nachher in irgendeiner Weise auch noch Gegenstand der Beratungen der Gemeindevertretung ist?



Novelle des Kommunalabgabengesetzes

Am 15. September hat der Landtag in erster Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Kommunalabgabengesetzes beraten. Der Antrag wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen; eine umfangreiche Anhörung durch den Innenausschuss wurde bereits angekündigt. Eine endgültige Verabschiedung des Gesetzes wird also noch etwas auf sich warten lassen.

Gemeindedefinanzreform - mehr als ein Teilerfolg Die Reform hat Handlungsspielraum für die Kommunen geschaffen

...Die Gewerbesteuer bleibt erhalten, die Gewerbesteuerumlage wurde deutlich abgesenkt, und es wurden sogar strukturelle Verbesserungen im Interesse der Kommunen erreicht. Dadurch haben die Kommunen ab 2005 Mehreinnahmen von rund 3 Milliarden Euro (ansteigend bis

2007 auf 3,3 Milliarden Euro) zu erwarten. Im Zusammenspiel mit weiteren bundesgesetzlichen Maßnahmen können die Kommunen für 2005 insgesamt mit 4 Milliarden Euro rechnen (ansteigend bis 2007 auf 4,8 Milliarden Euro).

Umsetzung von Ja

Nachdem die Weichen für die Umsetzung von Hartz IV gestellt waren, hat die SGK –Mitte August in Abstimmung mit Teilen der Landesregierung, den Oberbürgermeistern und Landräten - eine Beschlussempfehlung an die Fraktionsvorsitzenden in den Kreisen und kreisfreien Städte gegeben und einen entsprechenden Musterantrag erstellt.

Auf der Mitgliederversammlung am 29. Oktober, an der 49 Mitglieder teilnahmen, wurde turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Mit 48 Stimmen (1 Stimmzettel war ungültig) wurde **Jürgen Kanehl** (Wolgast) in seinem Amt als Vorsitzender der SGK bestätigt.

Neunte Novelle des Schulgesetzes erregt die Gemüter

Hinweise für die Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen in Mecklenburg-Vorpommern (WKA-Hinweise M-V)



Vorschläge für eine Novellierung der Kommunalverfassung

Der Innenminister bat uns, ihm die SGK-Vorschläge für die Novellierung der Kommunalverfassung zu unterbreiten. Dieser Bitte sind wir natürlich umgehend nachgekommen.

Einmalige Chance der Grunderwerbsteuerbefreiung bei Fusionen von Wohnungsgesellschaften nutzen!

2005

Erster Benchmark-Report

Am 31.01. 2005 stellten Finanzministerin und Rechnungshof-Präsident den ersten Benchmark-Report vor. Der Landesrechnungshof und das Finanzministerium hatten gemeinsam das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (Saale) und den Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Helmuth Seitz (TU-Dresden) mit dem Gutachten beauftragt.



Der Bürgerbus als alternatives Mobilitätsangebot für den peripheren und ländlichen Raum

Seit April - zunächst für ein Jahr als Testphase - rollt in Gransee an der Oberhavel in Brandenburg der erste Bürgerbus Ostdeutschlands.

Information des Innenministeriums zum Sachstand zur Einführung eines Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Mecklenburg-Vorpommern.

Zusammenfassung eines Schreibens an die Landräte und Oberbürgermeister vom 14.04. 2005:

Das Kabinett hat am 1. März 2005 beschlossen, den Innenminister darum zu bitten, die Umsetzung des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 21.11. 2003 grundsätzlich auf der Grund-

lage eines doppischen Rechnungssystems vorzubereiten.

Vor der Änderung des Gemeindehaushaltsrechts erfolgt eine erneute Kabinettsbefassung.

Dabei sind insbesondere die finanziellen Konsequenzen für die kommunalen Haushalte und für das Land darzustellen.

Neue Ämterstruktur

...Die Ämter waren im Landesdurchschnitt für etwa 6.150 Einwohner zuständig. Mit Ablauf der Freiwilligkeitsphase bei der Schaffung leistungsfähiger Ämterstrukturen Ende 2004 sind 1/3 der kommunalen Verwaltungen weggefallen. Von insgesamt über 170 Ämtern und amtsfreien Gemeinden im Jahr 2000 gibt es seit Januar 2005 noch 113. Die durchschnittliche Einwohnerzahl pro Amt beträgt ca. 11.000 Einwohner.

Entwicklung der Gemeindefusionen in Mecklenburg-Vorpommern

Jahr (01.01)	Anzahl der Gemeinden	davon:		davon:	
		kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden	amtsangehörige Gemeinden	amtsfreie Gemeinden
1979	1.079	6	1.073	1.019	54
2000	1.000	6	994	937	57
2005	851	6	845	811	34

Entwicklung der Gemeindefusionen in den Landkreisen Mecklenburg- Vorpommerns

LK	Amtsangehörige Gemeinden				weggefallene Gemeinden	
	Stand: 30.06.00	darunter: Unter 500 EW	Stand: 01.01.05	darunter: Unter 500 EW		Unter 500 EW
DBR	72	26	57	11	15	15
DM	82	42	68	25	14	17
GÜ	79	28	61	15	18	13
LWL	110	53	85	28	25	25
MST	66	29	53	17	13	12
MÜR	72	51	66	38	6	13
NVP	70	17	66	13	4	4
NWM	103	43	91	32	12	11
OVP	102	50	94	40	8	10
PCH	86	34	80	26	6	8
RÜG	40	13	39	11	1	2
UER	55	33	51	25	4	8
	937	419	811	281	126	138

Personalwechsel in der SGK-Geschäftsstelle

Zum 5. August 2005 schied als kaufmännischer Mitarbeiter Heiko Mecklenburg aus der SGK aus. Für seinen weiteren Lebensweg wünschen wir ihm alles Gute.

Nachfolgerin wurde die Schwerinerin Heike Miegel.

Mitgliedsbeiträge zu kommunalen Landesverbänden sind fehlbetragungszuweisungsfähig



Zu großem Unmut bei den betroffenen Kreisen und Gemeinden führte in der Vergangenheit die Aufforderung der Rechtsaufsichtsbehörden, im Rahmen von Haushaltssanierungskonzepten alle freiwilligen Aufgaben und Mitgliedschaften zu überprüfen...

Beschluss der SGK-Mitgliederversammlung am 04.11.2005

Diskussionspapier zu den Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern

...Wir brauchen daher in Mecklenburg-Vorpommern größere, wirklich handlungsfähige Gemeinden. Die Politik sollte sich zum Ziel setzen, dass jede rechtlich selbstständige Gemeinde über eine Größe verfügt, die tatsächliche kommunale Selbstverwaltung erlaubt, d. h., dass die Gemeinde über Gestaltungsmöglichkeiten im Dienste ihrer Einwohner verfügt und hierbei erhebliche Entscheidungsalternativen bestehen. Hierfür ist eine entsprechende finanzielle Leistungsfähigkeit unabdingbar...

Thesen zur Frage der Stärkung von Zentren

von Heinz Müller

1. In der SPD wird, wie in vielen anderen Organisationen und gesellschaftlichen Bereichen auch, die Auffassung vertreten, dass eine Entwicklung unseres Landes über die Stärkung von Zentren vorangetrieben werden muss. Diese Auffassung ist grundsätzlich richtig, bedarf aber einer inhaltlichen Ausfüllung...



Heinz Müller

2006

Volksbegehren zum Schulgesetz

Große Verunsicherung von Eltern, Schülern und Schulträgern löste ein Volksbegehren, das durch den Landeselternrat initiiert wurde, aus.

Das auf eine Änderung des Schulgesetzes ausgerichtete Volksbegehren suggeriert Ziele, die teilweise bereits erreicht sind, teilweise aber durch das Volksbegehren selbst umgekehrt werden wie etwa das längere gemeinsame Lernen...

Der Entwurf für ein Verwaltungsmodernisierungsgesetz hat eine wichtige parlamentarische Hürde genommen. Mit der denkbar knappen Mehrheit von fünf Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen hat ihm der Sonderausschuss „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“ am 15. März zugestimmt. Vorangegangen war eine sich über zahlreiche Sitzungstermine erstreckende Anhörungsphase. In ihrem Ergebnis brachten die Koalitionsfraktionen mehrere Dutzend Änderungsanträge ein...

Gender Mainstreaming in Kommunen

von Stefan Grönebaum

...Dabei haben deutsche Frauen GM nötiger als andere: Eine Accenture-Studie ergab Anfang 2006, dass sie am schwersten Toppositionen erreichen. Im Lande Angela Merkels sehen nur 16 % der Frauen gleiche Karrierechancen...

Jürgen Kanehl bleibt SGK-Landesvorsitzender



Seit 1998 ist er im Amt und konnte sich am 20. Oktober über die volle Zustimmung aus den Reihen der Mitglieder für eine weitere Amtszeit freuen: **Jürgen Kanehl**, hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Wolgast in Ostvorpommern.

Er wurde einstimmig erneut zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern e. V. (SGK) gewählt.

Bund erhöht Beteiligung an Unterkunftskosten

Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger von 2007 bis 2010 regelt. Im kommenden Jahr trägt der Bund 31,8 Prozent der Wohn- und Heizkosten. Dies entspricht rund 4,3 Milliarden Euro.

2007

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 23. März 2007 im Informatik Center Roggentin statt. Unser Sozialminister Erwin Sselling hat seine Teilnahme zugesagt...



Erwin Sselling

SPD-Bürgermeister in Barth



Barth

Am 28. Januar gewann Dr. Stefan Kerth (SPD) mit 62,63 Prozent abgegebenen gültigen Stimmen die Bürgermeisterwahl im nordvorpommerschen Barth.

Er setzte sich in einer Stichwahl gegen den CDU-Bewerber Andreas Kuhn durch, der 37,37 Prozent der Stimmen erhielt.

Wie weiter mit der Verwaltungsreform?

Wie das berühmte Kaninchen auf die noch viel berühmtere Schlange schauen derzeit viele auf das Verfassungsgericht in Greifswald. Dieses wird am 26. Juli 2007 um 10:00 Uhr sein Urteil zum Verwaltungsmodernisierungsgesetz verkünden. Die Spekulationen, wie dieses Urteil wohl aussehen könnte, treiben derzeit üppige Blüten....

Was versteht man unter Bürgerarbeit?

Bürgerarbeit ist ein Pilotprojekt der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit und des Landes Sachsen-Anhalt.

Arbeitslose Menschen, die selbst bei guter Konjunkturlage keinerlei Chancen am ersten Arbeitsmarkt haben, sollen im gemeinnützigen Bereich sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Der Grundgedanke ist, nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit zu finanzieren.

KAG erneut novellieren?

Urteil Verfassungsbeschwerdeverfahren/Normenkontrollverfahren Kreisgebietsreform; kommunale Selbstverwaltung

Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 26. Juli 2007
- LVerfG 9 - 17/06

Leitsätze

7. Wird in den Grundsätzen für eine umfassende Kreisgebietsreform kein Leitbild, das in Einzelentscheidungen über den konkreten Zuschnitt von Kreisen umgesetzt wird, aufgestellt, sondern wird schon in den Grundsätzen der Zuschnitt festgelegt - hier: fünf an den Planungsregionen orientierte Kreise unter Einkreisung der bisher kreisfreien Städte -, so muss der Gesetzgeber bereits auf der Ebene der Grundsätze sämtliche Aspekte der kommunalen Selbstverwaltung abwägen.

8. Kreise müssen in der Fläche so gestaltet sein, dass es ihren Bürgern typisch möglich ist, nachhaltig und zumutbar ehrenamtliche Tätigkeit im Kreistag und seinen Ausschüssen zu entfalten. Kraftvolle Selbstverwaltung ist darauf angewiesen, dass sich Vertreter aus möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen zusammenfinden.

11. Das Landesverfassungsgericht ist befugt, mit Gesetzeskraft die Gegenstandslosigkeit von Vorschriften festzustellen, wenn sie in Folge der Feststellung der Nichtigkeit oder Unvereinbarkeit der angegriffenen Vorschriften mit der Landesverfassung hinfällig sind.

Wie weiter mit der Verwaltungsreform?

Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Verwaltungsmodernisierungsgesetz und den ersten Diskussionen scheint die Frage, wie es mit einer Verwaltungsreform weitergeht, derzeit ziemlich offen. Zwar betonen nahezu alle beteiligten Seiten die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform, aber kaum jemand ist in der Lage oder bereit, zu definieren, wie diese denn aussehen soll.

Beauftragung eines Zweckverbandes stellt auch europarechtlich keine Vergabe dar

Landesregierung beschließt Konzept zur künftigen Kreisstruktur

Am 27. November beschloss die Landesregierung ein Konzept „Ziele, Leitbild und Leitlinien der Landesregierung für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern“.

Das Konzept wurde umgehend dem Landtag zugeleitet...

Der mit dem Beschluss der Landesregierung zum Ausdruck gebrachte Reformansatz beschränkt sich auf die kreisliche Ebene.

Haushaltskonsolidierung und Investitionen in die Zukunft sind kein Widerspruch

Bessere finanzielle Ausstattung wichtiger politischer Schwerpunkte beschlossen

Auf seiner Landtagsrede am 14.12. 2007 zum Doppelhaushalt 2008/2009 stellte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rudolf Borchert klar, dass ein zukunftsweisender Haushalt beschlossen wird, mit dem Schulden abgebaut werden und in die Zukunft des Landes investiert wird...



Rudolf Borchert

Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ gestartet



Jochen Schulte

Ziel des Programms ist es, die Arbeitslosigkeit durch die Schaffung von bis zu 100.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen Deutschlands zu senken. Als Arbeitgeber sollen in erster Linie Arbeitgeber auf der kommunalen Ebene oder der Kreisebene fungieren. So erhalten die Kommunen die Möglichkeit, genau dort zusätzliche geförderte Arbeitsplätze einzurichten, wo sie Bedarf sehen. Die kommunale Infrastruktur kann so für eine längere Dauer nachhaltig gestärkt werden, ohne dass die Kommune die Kosten hierfür allein tragen muss...

Erstmals Ausschreibung eines Förderpreises für höheren Frauenanteil in der Freiwilligen Feuerwehr

Heißer Herbst Kurz vor der Sommerpause hat der Innenminister mit der Vorlage von denkbaren Kreisstrukturen die Diskussion zu diesem Thema massiv angeheizt. Da noch in diesem Jahr ein Gesetzentwurf des Innenministers vorgelegt werden soll, ist davon auszugehen, dass diese Reform im Herbst in erheblichem Umfang die politische Bühne beherrschen wird...

2008

Der neue Vorstand der SGK: (v. l. n. r.) Jürgen Kanehl, Linda Bode, Gerhard Evers, Heinz Müller (Geschäftsführer), Manfred Bockholt (Revision), Ute Hennings, Thomas Beyer, Dieter Niesen, Hannelore Monigel, Ulf Dembski, Dr. Stefan Kerth

Mathias Brodkorb: Bildungsgipfel legt Fehler im föderalen Bildungssystem offen. Erneute Änderung des Grundgesetzes wäre konsequent

Der stellv. Vorsitzende und Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion, Mathias Brodkorb, hat die Ergebnisse des Bildungsgipfels als indirektes Eingeständnis eines verfehlten föderalen Bildungskonzeptes bewertet, das die CDU noch vor wenigen Jahren auf Bundesebene erzwungen hatte.

Prüfung von Eingemeindungen ist regulärer Bestandteil des Reformprozesses

Recht auf kommunale Selbstverwaltung ist für Enquetekommission ein hohes Gut



Martina Tegtmeier

Die Obfrau für die Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ in der SPD-Landtagsfraktion, Martina Tegtmeier, zeigte sich heute verwundert über die vermeintliche Überraschung einiger Kommunalpolitiker über die zuletzt bekannt gewordenen Eingemeindungspläne...

„Koalition beschließt 6+2-Modell“

Der SGK-Vorstand beschließt zu der durch die Medien veröffentlichten Entscheidung des Koalitionsausschusses zur Verwaltungsreform folgende Position:

1. Das Verfahren zur Entscheidung des vom Koalitionsausschuss präferierten Modells ist inakzeptabel und entspricht nicht den Zusagen und Angeboten zu Beginn des Prozesses...
6. Zusammenfassend wird festgestellt, dass eine inhaltliche Bewertung des Reformansatzes unverändert noch nicht substantiiert erfolgen kann.



(Quelle: www.ruhr-uni-bochum.de)

Ablehnung eines Bewerbers für den Landrat durch Wahlausschuss wegen Zweifeln an der Verfassungstreue

Verwaltungsgericht Greifswald, Urteil vom 2. Dezember 2008, Az.: 2 A 1267/08

...Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im Übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren...



Impressionen aus Mecklenburg-Vorpommern



(Quelle: Martin Handschuck)

2009**Beschluss der SGK-Mitgliederversammlung vom 20. März 2009****Kommunalpolitische Leitlinien**

Die kommunale Selbstverwaltung bildet neben den parlamentarischen Systemen in Bund und Ländern eine der tragenden Säulen unseres demokratischen Systems. Hier entscheiden die Bürgerinnen und Bürger zum Teil selbst, in der Regel aber durch gewählte Organe über die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Demokratie vor Ort ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Demokratie überhaupt. Tausende Bürgerinnen und Bürger, die sich in Stadt- und Gemeindevertretungen und in Kreistagen ehrenamtlich engagieren, sind die Träger der kommunalen Selbstverwaltung. Ihre Arbeit zu fördern bedeutet, die Demokratie in unserem Land zu stärken...

**Beschluss der SGK-Mitgliederversammlung vom 20. März 2009
zur Verwaltungsreform**

1. Die SGK hält an ihrer Auffassung, wonach eine tiefgehende Reform der öffentlichen Verwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern notwendig ist, fest. Das Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Verwaltungsmodernisierungsgesetz hat ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass die Reformnotwendigkeit richtig analysiert und dargestellt worden ist. Diese Reformnotwendigkeit besteht heute mehr denn je.



Quelle: www.kdz.eu

Der Landtag hat mit seinem Beschluss „Gesamtrahmen für eine umfassende Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern“ vom 24. April 2008

festgelegt, welche Elemente zu einer solchen Gesamtreform gehören. Dieser Gesamtrahmen muss die Basis für eine Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern bilden. Eine isolierte Kreisgebietsreform und der Verzicht auf die anderen Elemente einer Verwaltungsreform erscheinen uns nicht sinnvoll. Diese Position ist auch in der Vergangenheit durch Beschlüsse der SGK, der SPD und der SPD-Landtagsfraktion bereits festgeschrieben worden. An diesen Festlegungen halten wir fest.

Dem wird das bisherige vom Innenministerium allein zur Kreisgebietsreform vorgelegte Gesetz nicht gerecht...



Weitere Entwicklung zur Sozialversicherungspflicht der Bürgermeister

Inzwischen werden in den Ämtern von den Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister Sozialversicherungsbeiträge abgeführt. Die Ämter haben entsprechende Informationen vom Kommunalen Arbeitgeberverband erhalten und wurden auch bei Außenprüfungen der Krankenkassen und Sozialversicherungsträger auf die neue Rechtslage nach den Kommunalwahlen hingewiesen...

Ehrenamt – aber sicher!

Unfall- und Haftpflichtversicherung für ehrenamtlich Engagierte in Mecklenburg-Vorpommern

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion hat das Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern für ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Wirkung vom 1. April 2008 Lücken im Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz geschlossen.

Diese Sammelverträge für die Unfall- und Haftpflichtversicherung bieten einen nachrangigen Versicherungsschutz. Das bedeutet: Erst wenn sonstiger Versicherungsschutz nicht oder nicht in der Höhe der Sammelverträge besteht, treten diese Versicherungen im Schadensfall ein. Voraussetzung – sowohl für den Unfall- als auch für den Haftpflichtversicherungsschutz – ist, dass die versicherte Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern ausgeübt wird oder von Mecklenburg-Vorpommern ausgeht...

Keine Anrechnung des „Bürgermeistersitzes“ auf das Wahlergebnis der Gemeindevertretungswahlen

Verwaltungsgericht Greifswald, Urteil vom 29. September 2009, 2 A 969/09

Aus dem Tatbestand:

Die Parteien streiten um die Richtigkeit des festgestellten Ergebnisses der Wahl der Gemeindevertretersitzung.

Kommunaler „Rettungsfonds“ stößt auf geteilte Meinung bei Sozialdemokraten

Kurze Zusammenfassung der Konferenz am 20.11. 2009 in Roggentin

Zwei Hauptthemen standen auf der Mitgliederkonferenz im Fokus: die Novellierung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (KiföG) und der sogenannte kommunale Ausgleichsfonds.

Leider konnte weder die Sozialministerin zum KiföG noch Erwin Sellering zum Ausgleichsfonds an der Konferenz teilnehmen, da zum anberaumten Termin kurzfristig eine Ministerklausur eingeladen worden war, an der beide teilnehmen mussten...

Personalwechsel in der SGK

Mit Ablauf des 31. Dezember 2009 verlässt unser langjähriger Geschäftsführer Heinz Müller die SGK. Er übernimmt weitere verantwortungsvolle Tätigkeiten in der SPD-Landtagsfraktion. Ihm gilt unser Dank für über 16 Jahre herausragende Arbeit.

Seine offizielle Verabschiedung findet Anfang nächsten Jahres statt. Dazu wird gesondert eingeladen.

Auf seiner Sitzung am 11. Dezember 2009 hat der SGK-Vorstand die Nachfolgeregelung beschlossen. Ab 1. Januar 2010 übernimmt Martina Tegtmeier die Geschäftsführung.

Martina ist seit 2001 als Mitarbeiterin in der Geschäftsführung auch Stellvertreterin des Landesgeschäftsführers.



Übergabe Staffelstab

Sie hat selbst seit 2004 kommunalpolitische Ehrenämter inne – zzt. ist sie Kreistagsmitglied und stellvertretende Kreistagspräsidentin in Nordwestmecklenburg und Mitglied im Aufsichtsrat einer GmbH der Landkreise NWM und PCH.

2010

Die Krise zieht ihre Kreise

Bundesweit entwickeln sich die Einnahmen der kommunalen Ebene auf dramatische Weise nach unten - kein Tag vergeht ohne Hiobsbotschaften.

Not macht erfinderisch!

Während auf der einen Seite Mecklenburg-Vorpommern und andere Bundesländer versuchen, mit einem (bei uns sehr umstrittenen) kommunalen Ausgleichsfonds den Gemeinden über Zeiten niedriger Einnahmen hinweg zu helfen, machen sich auf der anderen Seite auch immer mehr Städte und Gemeinden auf die Suche nach Möglichkeiten, ihre Finanzlage selbst zu verbessern...

Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes



Die Bundesregierung arbeitet an einer Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), um einen „unternehmerisch und wettbewerblich ausgerichteten ÖPNV“ zu schaffen. Die kommunalen Aufgabenträger haben dabei die Rolle, eine angemessene Verkehrsbedienungsicherzustellen, wenn dies durch den Markt nicht möglich sei. Ein Zeitplan für die Novellierung des PBefG ist jedoch noch nicht bekannt.

**Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
sehr geehrte Amtsvorsteher und Verwaltungsbeamte,**

die Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern lädt in Zusammenarbeit mit Ihren Kooperationspartnern wiederum zu einer anspruchsvollen Veranstaltung zum Thema Nachhaltige Nutzung Erneuerbarer Energien in kleinen Städten und Dörfern in Mecklenburg-Vorpommern ein. Sie wird unter dem Titel:

Bioenergiedörfer in Mecklenburg-Vorpommern.

Chancen für den ländlichen Raum durch Wertschöpfung und Teilhabe.

Wege zum Bioenergiedorf, Technik, Geld, Strategie.

am 19./20. März 2010

im Überregionalen Ausbildungszentrum, Warendorfer Straße 18, 17192 Waren/Müritz
stattfinden.



Auf unserer Mitgliederversammlung am **26. März 2010** in Göttingen haben wir unsere Delegierten für die Bundesdelegiertenkonferenz am 12. und 13. November in Bremen gewählt, dies sind: Martina Tegtmeier, Heinz Müller, Monika Horn, Manfred Bockholt, Gerhard Evers, Linda Bode, Marie-Jeanne Beringer.

Aus der Enquetekommission

von Martina Tegtmeier

Nachdem der Landtag Ende September letzten Jahres die Enquetekommission (EK) vom zweiten Teil ihres Zusatzauftrags (siehe Fußzeile) entbunden hat, kann sich die Kommission nun uneingeschränkt ihrer tatsächlichen Aufgabe widmen, nämlich der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in unserem Land - unter Berücksichtigung einer notwendigen Gemeindestrukturreform.

Die EK hatte sich bereits ein Bild über die Stadt-Umland-Problematik der kreisfreien Städte und der Mittelzentren verschafft und in Bezug auf die kreisfreien Städte einen empfehlenden Bericht erarbeitet. Noch vor der Sommerpause wird dieser um einen zweiten Teil – nämlich Empfehlungen für die Mittelzentren – ergänzt werden...

Die Entwicklung von Bioenergiedörfern in Mecklenburg-Vorpommern

Die Sicherung einer zukunftsfähigen Energieversorgung wird immer mehr zu einem drängenden Thema in Deutschland und auch zu einem zentralen Anliegen in Mecklenburg-Vorpommern. Zurzeit wird weltweit ein erheblicher Teil der benötigten Energie noch in einer Weise erzeugt und verbraucht, die auf Dauer so nicht weitergeführt werden kann. Da die Ressourcen begrenzt und der mit der Nutzung von fossilen Energieträgern verbundene CO₂-Ausstoß zu hoch ist, muss nach anderen Wegen der Energieerzeugung gesucht werden.

Neben der Erhöhung der Energieeffizienz und der Veränderung im Konsumverhalten kann die Nutzung von erneuerbaren Energien - und hier vor allem der

Bioenergie - entscheidend zu guten Lösungen beitragen.



Auf Bundesebene wurde deshalb 2007 ein Wettbewerb „Bioenergie-Region“ ausgeschrieben, der zum Ziel hatte...

Aufbruch in die Kommunalpolitik – 20 Jahre Kommunale Selbstverwaltung in Ostdeutschland



Rosemarie Wilcken

Das Thema Kommunale Selbstverwaltung in Ostdeutschland, über das ich jetzt spreche, ist in den letzten Monaten im Zuge der vielen 20-Jahr-Feiern reichlich strapaziert worden. Trotzdem freue ich mich, dass es mir aufgegeben wurde, denn es ist wie kein anderes auch mein Thema. 20 Jahre Kommunale Selbstverwaltung - das entspricht auch exakt meiner Lebensarbeitszeit als Bürgermeisterin meiner Heimatstadt Wismar.

Gestartet bin ich im Mai 1990 und seit 100 Tagen bin ich Pensionärin.

Die Aufgabe, die seit 1990 vor Ort gestellt wird, heißt Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung. Das Präsenz ist hier bewusst gewählt, denn diese Aufgabe besteht immerwährend, nur damals war es das erste Mal und sie existiert nicht automatisch.

Die Kommunale Selbstverwaltung erhielt ihre demokratische und verfassungsrechtliche Legitimation in den ostdeutschen Kommunen durch die ersten freien Kommunalwahlen im Mai 1990.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die Fälschung der Kommunalwahlen 12 Monate zuvor ein Sargnagel des Systems wurde...

20 Jahre SGK



An der Mitgliederversammlung und der anschließenden Feierstunde nahmen neben prominenten SGK-Mitgliedern wie Dr. Margret Seemann - Parlamentarische Staatssekretärin, Hans-Heinrich Lappat – Abteilungsleiter der Kommunalabteilung im Innenministerium, Heinz Müller – Parlamentarischer Geschäftsführer und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rudi Borchert – stellv. Vors. der SPD-Landtagsfraktion u. a. auch Dr. Manfred Sternberg - stellv. SGK-Bun-

desgeschäftsführer, Michael Thomalla - Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindetags M-V und Stig Alund vom Kommunförbundet Skane (Schweden) teil.



Im Anschluss an die Mitgliederversammlung referierte zunächst unser Gastredner Stig Alund über die Entwicklung der Gemeindestrukturen in Schweden. Er tat dies auf sehr charmante Weise in deutscher Sprache, was ihm die volle Aufmerksamkeit der Anwesenden sicherte.

Beschluss INI 1

Die SPD-Landtagsfraktion, der SPD-Landesvorstand und die SPD-Minister der Landesregierung werden gebeten, die Kommunen des Landes M-V zusätzlich zum FAG mit einem erheblichen Anteil an den Steuermehreinnahmen des Landes M-V in den Jahren 2010 bis 2012 zu beteiligen.

Beschluss INI 2

Die SGK fordert die Bundesregierung auf, die Gewerbesteuer voll umfänglich zu erhalten und durch die Einbeziehung von Freiberuflern die steuerlichen Grundlagen für die Gewerbesteuer zu erweitern.



(Quelle: www.hattingen.de)

Gleichzeitig wendet sich die SGK gegen die Einführung eines Heberechts der Kommunen für Einkommensteueranteile.

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Grenzen des Hebesatzrechts einer Gemeinde bei anhaltender Haushaltsnotlage:

Urteil des 8. Senats vom 27. Oktober 2010

BVerwG 8C 43.09

Leitsatz:

Die als Bestandteil der allgemeinen Selbstverwaltungsgarantie gemäß Art. 28 Abs. 2 GG gewährleistete kommunale Finanzhoheit schließt nicht aus, im Wege der staatlichen Kommunalaufsicht eine Senkung der Realsteuersätze zu beanstanden, wenn die betreffende Gemeinde sich in einer anhaltenden Haushaltsnotlage befindet und das von ihr vorgelegte Haushaltssicherungskonzept nicht erkennen lässt, wie der Einnahmeverlust ausgeglichen werden soll.

Eine kreisangehörige Gemeinde klagt gegen die Festsetzung von Hebesätzen für Gewerbesteuer und Grundsteuer B für die Gemeinde durch den Landrat als Kommunalaufsichtsbehörde.



Nach Ansicht der Gemeinde greift die Kommunalaufsichtsbehörde damit in das Recht auf kommunale Selbstverwaltung ein...

2011

Mitgliederversammlung am 25.03. 2011 zur kommunalen Finanzausstattung

...Die wiederkehrende Forderung, die auch mit Landtagsbeschlüssen untersetzt ist, eine aufgabenbezogene Finanzausstattung einzuführen, wird in diesem Gesetz nicht berücksichtigt.

Folgende Änderungen sind u. a. vorgesehen:

- Umverteilung der Teilschlüsselmasse für Kreisaufgaben, die von den bisher kreisfreien Städten auf die Kreise übergehen,
- Ausgleich für wahrzunehmende Gemeindeaufgaben der bisher kreisfreien Städte
- Umverteilung von Vorwegabzügen,
- Festlegung für die Berechnung der Kreisumlage für große kreisangehörige Städte,
- Gewährleistung, dass große kreisangehörige Städte weiterhin Zuweisungen aus der Feuerschutzsteuer erhalten.

Die Überprüfung der Finanzverteilverhältnisse zwischen dem Land und den Kommunen, die eigentlich laut zurzeit gültigem FAG M-V im Jahr 2011 durchgeführt werden soll, findet nicht statt. ..

Der kommunalpolitische und der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion äußerten sich zur Information der Landesregierung über den geplanten Konsolidierungsfonds:

100-Millionen-Euro-Konsolidierungsfonds eine gute Nachricht für die Kommunen!

Heinz Müller: Solide Finanzpolitik des Landes macht Unterstützung für finanzschwache Kommunen möglich



Das Kabinett hat heute einen kommunalen Konsolidierungsfonds beschlossen.

Dazu erklärte heute der Parlamentarische Geschäftsführer und kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Heinz Müller:

„Der Haushaltsabschluss 2010 hat ein besseres Ergebnis gebracht als geplant. Dass das Land damit einen Kommunalen Konsolidierungsfonds einrichtet, wird von Seiten der SPD-Landtagsfraktion mit Nachdruck begrüßt. Auf diese Weise wollen wir den Landkreisen und kreisfreien Städten helfen, ihre Haushalte zu konsolidieren und ihre Finanzen zu stabilisieren. Ich fordere die kommunalen Landesverbände auf, nun zügig konstruktive Vorschläge zu erarbeiten für die Verteilung und Ausgestaltung der zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel. Möglich wurden diese neuen Hilfen für die Kommunen nur durch die umsichtige und solide Finanzpolitik unserer Finanzministerin, der ich hiermit ausdrücklich danken möchte.“

Haushaltsabschluss 2010 großer Erfolg sozialdemokratischer Finanzpolitik

Rudolf Borchert: Konsolidierungsfonds für Kommunen nur möglich durch nachhaltige Haushaltspolitik



(Quelle: www.rudolf-borchert.de)

Zum gestern von Finanzministerin Heike Polzin vorgestellten Haushaltsabschluss des Jahres 2010 erklärte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rudolf Borchert:

„Ich bin außerordentlich zufrieden mit dem Haushaltsabschluss des Jahres 2010, den die Finanzministerin gestern der Öffentlichkeit präsentiert hat. Mit der damit ermöglichten Errichtung eines Konsolidierungsfonds für die Kommunen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für die Jahre 2012/2013 beweisen wir, dass wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Natürlich halten wir auch weiterhin am Konsolidierungskurs fest - gerade vor dem Hintergrund, dass 2019 der Solidarpakt II ausläuft und die Fördermittel in der nächsten EU-Förderperiode abschmelzen werden. Und natürlich werden wir auch in den kommenden Jahren eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben, das ist und bleibt das Markenzeichen sozialdemokratischer Finanzministerinnen ...

Aus der Enquetekommission

Bereits vorzeitig konnte die Enquetekommission ihre Arbeit am 6. Mai abschließen und die ursprünglich letzte - für den 13.05. 2011 geplante - Sitzung absetzen.

Der Entwurf des 4. Zwischenberichts (**Feststellungen und Empfehlungen zur Ausgestaltung dauerhaft leistungsfähiger Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern und zu Möglichkeiten der Beförderung von Gemeindezusammenschlüssen**) war im Vorfeld inhaltlich ausgiebig beraten und abgestimmt worden und lag den Mitgliedern der Kommission ebenso wie der Entwurf zu einem Abschlussbericht im Vorfeld seit geraumer Zeit vor.

Es bestanden seitens der Kommissionsmitglieder keine weiteren Abstimmungsbedarfe, so dass sie kurzerhand den Be-

schluss fassten, die Endabstimmung bereits vorzunehmen.

Die Abstimmung zum 4. Zwischenbericht erfolgte ebenso wie die Abstimmung über den Abschlussbericht bei **Zustimmung aller** anwesenden Kommissionsmitglieder.

Eventuelle Sondervoten, die bis zum 27. Mai noch eingereicht werden können, werden den Berichten beigelegt und diese dann an den Landtag weitergeleitet. In seiner Juni-Sitzung wird der Landtag diese dann „behandeln“.

In der Vergangenheit haben wir immer wieder über aktuelle Ergebnisse der Kommission berichtet, sodass wir nachfolgend nur noch die sog. Akzeptanzhilfen, die auf der vorletzten Sitzung der Enquetekommission beschlossen wurden, abdrucken.

Mobilität im ländlichen Raum wird angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen und eines steigenden Altersdurchschnitts in der Bevölkerung zunehmend ein wichtiges Thema. Und Mecklenburg-Vorpommern steht bei diesen Entwicklungstendenzen sicherlich mit an erster Stelle. Die Probleme von aufgrund einer geringen Bevölkerungsdichte unrentabel werdenden Infrastrukturen sind hier als erstes zu spüren.

Verfassungsbeschwerde gegen die Kreisstrukturreform

Vor der Sommerpause im letzten Jahr hat der Landtag – im zweiten Anlauf - eine Kreisgebietsreform für Mecklenburg-Vorpommern beschlossen.

Die Landkreise Ludwigslust, Müritz, Ostvorpommern, Rügen und Uecker-Randow legten beim Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern dagegen Verfassungsbeschwerde ein.

Mit Urteil vom 18.08. 2011, LVerfG 21/10, hat das Gericht die Beschwerden gegen die Kreisstrukturreform zurückgewiesen.

Ergebnisse der Wahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern hat am 4. September 2011 gewählt. Mit dieser Wahl wurden mehrere Entscheidungen getroffen:

Als erstes wurde der Landtag für die nächsten fünf Jahre neu zusammengesetzt.



Mit dem Inkrafttreten der Gemeindegebietsreform mussten auch die Kreistage neu gewählt werden und in dessen Gefolge ebenfalls die Landräte der neu gebildeten Kreise. Und letztendlich wurde auch über die Namen der neuen Kreise abgestimmt.

Die SPD ist mit 35,5 % der klaren Gewinner dieser Landtagswahlen. Das ist ein Zuwachs von 5,4 % gegenüber dem Jahr 2006.

Die CDU landet bei 23 %, was einen Verlust von 5,8 % bedeutet.

Die Linke konnte sich um 1,6 Punkte auf 18,4 % verbessern.

Die NPD verliert zwar 1,3 %, zieht aber mit 6 % wieder in den Landtag ein.

Die FDP konnte die 5%-Hürde nicht nehmen. Sie stürzte um 6,8 Prozentpunkte auf ganze 2,8 % der Wählerstimmen ab.

Die Grünen kamen auf 8,7 % und sind zum ersten Mal im Landtag vertreten. Sie konnten sich um satte 5,3 % gegenüber 2006 verbessern.

Die Koalitionsvereinbarung - SGK-Forderungen bleiben unberücksichtigt

Unter dem Dach der SGK hatten sich sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in einem langwierigen umfassenden Diskussionsprozess auf wesentliche Gestaltungsschwerpunkte für eine zukünftige Regierungsarbeit verständigt. Sie sind durch Beschlüsse zurückliegender Mitgliederversammlungen dokumentiert. Mit einiger Mühe ist es gelungen, diese Schwerpunkte, dann auch im Regierungsprogramm der SPD zu verankern:

- Zügige Umsetzung einer Gemeindestrukturreform

- aufgabengerechte Finanzausstattung
- Stärkung der Zentren (aller Kategorien) als Garanten der flächendeckenden
- Daseinsvorsorge.

Jedoch bereits in den Sondierungsgesprächen mit der CDU fielen diese Forderungen durch. Frühzeitig einigten sich die Verhandlungsführer darauf, diese für uns so vordringlichen Ziele nicht konkret zu vereinbaren.

Radfahren ist gut für unsere Gemeinden

Das Radfahren in den Gemeinden und ländlichen Regionen entwickelt sich. Wir beginnen zu erkennen: Radfahren tut gut - uns und unseren Gemeinden. Die Nutzung des Rades als alltägliches Transportmittel sollte Teil jeder langfristigen gemeindlichen Entwicklungsstrategie sein.

Wie kann das Radfahren den kommunalen Verkehr und die Entwicklung unterstützen? ...



**Volker Schlotmann, MdL,
Minister für Verkehr, Bau und
Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern**



Landrat Rolf Christiansen

Da waren sich die Delegierten einig: Ohne Gegenstimmen wählten sie Rolf Christiansen, Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim, am 03.11. 2011 erneut zum Vorsitzenden des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern. Das sind ein schöner Erfolg und ein hoher Vertrauensbeweis.

Wir wünschen Rolf Christiansen für die Ausübung seines Amtes weiterhin viel Erfolg und eine gute Hand.

Bis 30.09.2015 keine Rentenanrechnung von Aufwandsentschädigungen



(Quelle: dpa)

Der Bundesrat hat am 16.12. 2011 einer befristeten Regelung zugestimmt, die nur noch bis 30.09. 2015 vorsieht, dass die für kommunale Ehrenamtler gezahlte Aufwandsentschädigung nicht auf eine Rente wegen Alters oder wegen verminderter Erwerbsfähigkeit angerechnet wird. Der DStGB hatte hierzu mehrfach einen unbefristeten Anrechnungsverzicht gefordert. Auch der Bundesrat hatte eine unbefristete Freistellung gefordert, wollte das „Vierte Gesetz zur Änderung des SGB IV und anderer Gesetze“ (BT-Drs. 17/6764) aber hieran nicht scheitern lassen...

2012

Der SGK-Landesvorstand hat Ende Januar in einer Klausursitzung in Barth die Schwerpunkte seiner Arbeit für das neue Jahr festgelegt. Danach bleibt die Fortsetzung der Gemeindestrukturreform für die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auch in diesem Jahr ein wichtiges Thema...

Ferner wird der Vorstand in den kommenden Monaten seinem Satzungsauftrag folgend die kommunalpolitischen Interessen seiner Mitglieder bei der Erarbeitung des in der Koalitionsvereinbarung festge-

legten Zukunftsvertrages gegenüber der SPD-Landtagsfraktion vertreten.



Ein entsprechendes Positionspapier wird erarbeitet.

Verfassungsgericht bestätigt Finanzausgleichsumlage

Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern hat am 26.01. 2012 entschieden, dass besonders steuerstarke (sogenannte abundante) Gemeinden durch die 2010 in § 8 FAG eingeführte Finanzausgleichsumlage mit einem Teil ihrer Finanzkraft zur Unterstützung finanziell schwächer ausgestatteter Kommunen in Anspruch genommen werden dürfen. Die entsprechenden Klagen zweier Gemeinden, die feststellen lassen wollten, dass diese Ausgleichsumlage nichtig ist, wurden von den Verfassungsrichtern abgewiesen.

Rekommunalisierung - Neugründung von Stadtwerken

Gerade wenn Konzessionsverträge auslaufen, finden unter Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Gebietskörperschaften Diskussionen statt, ob diese verlängert werden sollen und man sich so

wieder auf viele Jahre an die selben Anbieter bindet oder ob man einen anderen Weg beschreiten möchte, evtl. gar eigene Gemeinde- oder Stadtwerke gründen sollte...

Im Vordergrund der **SGK-Frühjahrs-Mitgliederversammlung in Güstrow** standen die SGK-Positionen für einen Zukunftsvertrag zwischen dem Land und seinen Kommunen, der Stand der Umsetzung der Kreisstrukturreform sowie eine Ergänzung der SGK-Satzung. Darüber hinaus stellte sich Alexander Götz als neuer Bundes-SGK-Geschäftsführer den Mitgliedern vor.

Breiten Raum nahm in der Mitgliederversammlung die Diskussion eines Arbeitspapiers *„Zukunft aus eigener Kraft – Ressourcen bündeln - Nachhaltigkeit sicherstellen“* ein. Das Papier enthält erste Gedanken für einen **Zukunftsvertrag** zwischen Land und Gemeinden und wurde von den Mitgliedern als erste inhaltliche Position verabschiedet, mit der die SGK in die Diskussion mit der SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Ministerinnen und -Ministern gehen wird. Das beschlossene Papier ist in dieser Info-Dienst-Ausgabe abgedruckt.

Dank an Heidi Kleinau

Für ihr kommunalpolitisches Engagement und die langjährige SGK-Mitgliedschaft wurde Heidi Kleinau auf unserer letzten Mitgliederversammlung vom SGK-Landesvorsitzenden und Bürgermeister Thomas Beyer geehrt. Die Kritzmowerin ist Gründungsmitglied der SGK in Mecklenburg-Vorpommern und war SPD-Fraktionsvorsitzende im damaligen Kreistag Rostock Land und bis zur Fusion der Landkreise Bad Doberan und Güstrow Mitglied des Kreistages Bad Doberan...



Heidi Kleinau (re.) erhält von Thomas Beyer und Martina Tegtmeier ein Dankeschön-Präsent für langjährige SGK-Mitarbeit

Arbeitspapier in der von der Mitgliederversammlung am 23.03. 2012 beschlossenen Fassung

„Erste Gedanken zu einem Zukunftsvertrag für Mecklenburg-Vorpommern“



(Quelle: www.tcs.ch)

Zukunft aus eigener Kraft

Ressourcen bündeln – Nachhaltigkeit sicherstellen

(Kommunen als „Wiege der Demokratie“ begreifen und entsprechend würdigen)

Gemäß Ziffer 129 des Koalitionsvertrags von SPD und CDU (Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen) verfolgen wir folgende Ziele:

1. Sicherung einer Grundversorgung der sozialen Infrastruktur im ganzen Land
2. Sicherung einer Grundversorgung öffentlicher Dienstleistungen und einer modernen Kommunikationsinfrastruktur
3. Sicherung gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe
4. Gleiche Bildungschancen – Bildung aus einer Hand
5. Bedarfsgerechte Berufsschulangebote
6. Sicherung kultureller Einrichtungen und Leistungen als Teil der Identität in Gemeinden und Kreisen
7. Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben
8. Teilhabe von Menschen mit Handicaps am gesellschaftlichen Leben

Um diese Ziele zu erreichen...

Stadt-Umland-Umlage vorerst gescheitert

Am 23.02. 2012 hatte das Landesverfassungsgericht M-V die 2010 neu in das Finanzausgleichsgesetz eingeführte Stadt-Umland-Umlage für verfassungswidrig erklärt.

Das Landesverfassungsgericht hatte damit der Verfassungsbeschwerde von mehreren Gemeinden aus dem Umland von Wismar stattgegeben.

Das Gericht erkannte dabei nicht eine Stadt-Umland-Umlage als solche für nicht

zulässig an, sondern beanstandete die Art und Weise der Berechnung.

Nachdem unmittelbar nach Verkündung des Urteils der Innenminister angekündigt hatte, dass das Urteil ausgewertet, aus ihm die Konsequenzen gezogen und die Stadt-Umland-Umlage auf rechtlich „saubere Füße“ gestellt würde, wird eine Neuauflage der Umlage im politischen Raum immer kritischer diskutiert...

Verwaltungsgericht Schwerin sieht keinen Eignungszweifel für die Ehrenverbeamtung eines ehrenamtlichen Bürgermeisters wegen erheblichen Zeitablaufs nach einer MfS-Tätigkeit

Gegen den ehrenamtlichen Bürgermeister einer im nordwestlichen Teil des Landes gelegenen Gemeinde, der zu DDR-Zeiten als Grenztruppenoffizier auch als inoffizieller Mitarbeiter des MfS gearbeitet hat, bestehen nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Schwerin vom 09.06. 2011 keine Eignungszweifel...

Kurzfassung des Beschlusses zu Kommunalfinanzen

„Ein Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland – Die Grundfesten der sozialen Demokratie sichern“



(Bild: dpa)

In ihrem Hamburger Programm hat sich die SPD zum Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bekannt. Dieses Ziel wird als Auftrag und solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands begriffen.

Die Schlüsselrolle der Kommunen für unser Gemeinwesen ist heute grundsätzlich in Frage gestellt. Ihnen fehlen die erforderlichen Mittel, um ihren Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung nachzukommen. Seit den 1990er Jahren haben sich die kommunalen Sozialausgaben fast verdoppelt,...

Wann kommt der Zukunftsvertrag?

Nachdem unsere kommunalpolitischen Forderungen für die neue Legislaturperiode, die wir erfolgreich im Regierungsprogramm der SPD verankern konnten, in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU keinen Niederschlag fanden, war die Erwartung groß, dass diese sich zumindest in Teilen in einem „Zukunftsvertrag zwischen Land und Gemeinden“ wiederfinden würden...

Die sog. „Bettensteuer“ ist für beruflich zwingende entgeltliche Übernachtungen rechtswidrig

Gemeinden dürfen die oft auch als „Bettensteuer“ bezeichnete Übernachtungssteuer nur auf privat veranlasste entgeltliche Übernachtungen erheben, nicht aber auf solche, die beruflich zwingend erforderlich sind. Das hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in zwei Normenkontrollverfahren entschieden und die zugrunde liegenden Satzungen für unwirksam erklärt (Urteile vom 11.07.2012, Az.: 9 CN 1.11 und 9 CN 2.11)...

Entschädigungskommission hat sich konstituiert

Am 14. August hat sich im Innenministerium, die nach der Koalitionsvereinbarung zu gründende Entschädigungskommission konstituiert...



Manuela Schwesig informiert Vorstand über Entwicklungen im Kita-Bereich

Viel Zeit hatte sie in ihrem engen Terminplan „freigeschaufelt“, um den SGK-Vorstandsmitgliedern auf ihrer Sitzung im August Rede und Antwort zu stehen, unsere Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Manuela Schwesig...

SGK-Team wieder komplett

Nach dem Ausscheiden von Thomas Zischke, der wieder mehr Zeit seiner Tätigkeit als Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Fraktion in Schwerin widmen wollte, hatten wir die Stelle eines Referenten/einer Referentin im letzten Info-Dienst erneut ausgeschrieben.

Seit dem 1. September ist sie nun wieder besetzt.

Der neue Stelleninhaber ist Dr. Martin Handschuck. Er ist 1972 in Stralsund geboren, verheiratet und hat ein Kind. In den letzten Jahren arbeitete er freiberuflich als Historiker, Lektor und Referent. Erste kommunalpolitische Erfahrungen konnte er als Ortsbeiratsmitglied in Rostock sammeln

Mitgliederversammlung in Dettmannsdorf-Kölzow

... Bevor sich die Versammlung den zu fassenden Beschlüssen zur Energiepolitik und dem Brandschutz widmete, hielt Thomas Ahrens einen interessanten Vortrag über die Diskrepanz zwischen der Auskunftspflicht von Einrichtungen des öffentlichen Rechts und dem Schutz öffentlicher Belange. Der Mitarbeiter beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern informierte zudem über sämtliche gesetzliche Neuerungen in seinem Arbeitsbereich...



Mitgliederversammlung in Kölzow



Der neue Vorstand

... **Thomas Beyer** stellte sich **dabei zum ersten Mal der Wiederwahl** zum Vorsitzenden der SGK Mecklenburg-Vorpommern und erhielt ein überwältigendes Ergebnis für eine zweite Amtszeit. Ähnliche Zustimmungswerte erzielten nachfolgend Jürgen Kanehl und Gerhard Evers für ihre erneute Wahl zum ersten bzw. zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Energiewende in den Kommunen – Leitbild und Handlungsansätze

Beschluss der Mitgliederversammlung am 19. Oktober 2012

Leitbild in 7 Punkten:

1. **Versorgungssicherheit gewährleisten**
2. **Bezahlbarkeit der Energie langfristig sichern**
3. **Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen**
4. **Klimaschutz**
5. **Regionale Wertschöpfung für das öffentliche Wohl**
6. **Einbeziehung der Bürger**
7. **Stärkung des Standortes durch hohes Energieaufkommen**

2013

SGK-Bundesdelegiertenkonferenz

Kommunen stärken - Zukunft schaffen" unter diesem Motto fand am 15./16. Februar 2013 im Congress Centrum Würzburg die 15. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK statt.

Zahlreiche prominente Redner nahmen an der Konferenz teil; so konnten wir unseren Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude u. a. sozusagen einmal live und in Farbe erleben...



Unsere Delegation.

Fachkonferenz der SGK „Inklusion in Kita und Schule“

Am 22. März führen wir eine Fachkonferenz zur Inklusion in Kita und Schule durch. Diese Veranstaltung wird in Kuhs bei Güstrow stattfinden. Die Einladungen dazu werden Ende Februar versandt.

Gebührenbefreiung für die Erteilung von Führungszeugnissen für ehrenamtlich Tätige

Wie das Bundesamt für Justiz der Hauptgeschäftsstelle des DStGB mitteilte, hat es sich mit dem Bundesministerium des Innern darauf geeinigt, dass bei ehrenamtlich Tätigen von der Erhebung der Gebühr für die Erteilung von Führungszeugnissen generell abgesehen werden soll und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe einer gegebenenfalls gezahlten Aufwandsentschädigung. Dies gilt auch für den kommunalen Verwaltungskostenanteil.

100-Millionen-Euro-Paket für Kommunen

Für reichliche Schlagzeilen sorgte die Ankündigung der Landesregierung, nun doch zusätzliche Finanzhilfen für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung zu stellen.

Vorausgegangen waren zahlreiche öffentliche Meinungsäußerungen von kommunalen

Verantwortungsträgern aller Ebenen zur vermeintlich unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen. Insbesondere die hartnäckige Kritik der Landrätinnen und Landräte am ihrer Meinung nach unzureichenden Ausgleich der Mehrkosten für die Kreisstrukturreform in 2011 trug letztendlich Früchte...

Kommunalpolitik auf dem Landesparteitag?

von Thomas Beyer

Als SGK müssen und dürfen wir die Frage stellen: Spielte Kommunalpolitik auf dem Landesparteitag der SPD in Salem eine Rolle? Nun, zunächst haben wir selbst dafür gesorgt. Die SGK darf nunmehr selbst Anträge stellen, und so machten wir uns bezüglich des Leitantrages viermal bemerkbar. Viermal folgte der Landesparteitag - manchmal leicht modifiziert - unserem Ansinnen. Verwundert hatte es uns schon, dass im Leitantrag gerade be-

züglich des wichtigen Themas Energie- wende die Kommunen überhaupt nicht vorkamen, werden sie doch sonst immer gerade als ausgesprochen wichtige Partner benannt. Aber gut, dafür gibt es Landesparteitage, dafür gibt es ein Antragsrecht der SGK, und so haben wir uns erfolgreich zu den Themen Energie, Langzeitarbeitslose, Familienpolitik und welt- offenes Land zu Wort gemeldet....

Weiterer Schritt zur Erleichterung der Doppik

Die Umstellung der Haushaltsführung der Gemeinden und Kreise scheint in Mecklenburg-Vorpommern ein „lernender Prozess“ zu sein - und das ist gut so.

...Im März dieses Jahres nun erfolgten umfangreiche Änderungen, die insbesondere kleinere Gemeinden und ihre Verwaltungen entlasten sollen. Kleine amts- angehörige Gemeinden brauchen danach nur noch zwei Teilhaushalte bilden. Für die Kosten- und Leistungsrechnung gilt für

kleine Gemeinden nun, dass der produkt- orientierte Haushalt mit einer angemessenen Produktgliederung und internen Leistungsverrechnungen ausreichend sei.

Für alle gilt: Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 reicht jetzt der ausgeglichene Finanzhaushalt aus, um keine rechtsauf- sichtlichen Maßnahmen befürchten zu müssen. Auch die Deckungsmöglichkeiten aus der allgemeinen Kapitalrücklage sind erweitert worden....

Wahlabend endet in Mecklenburg-Vorpommern mit gemischten Gefühlen

Konnte die SPD auf kommunaler Ebene am **22. September 2013** durchaus punkten, waren die Gewinne für die Bundestagswahl mager.

Neuer Bürgermeister für die SPD in Waren/Müritz ist Norbert Möller, der im ersten Wahlgang mit 56,7 % seine Mitbewerber hinter sich ließ.

In Wittenburg konnte sich auf Anhieb Margret Seemann mit 56,62 % der Stimmen durchsetzen.

Ihnen beiden ganz herzlichen Glückwunsch für diese großartigen Erfolge.



Im Landkreis Rostock wird es in zwei Wochen zu einer Stichwahl zwischen dem SPD-Bewerber Sebastian Constien und Katy Hoffmeister von der CDU kommen, die im ersten Wahlgang mit rund 38 % der Stimmen aber deutlich vorn lag.

Für den Bundestag konnte die SPD kein Direktmandat erringen. Über die Liste einziehen werden Sonja Steffen, Frank Junge und Jeannine Pflugardt. Auch ihnen ganz herzlichen Glückwunsch.

Liebe SGK-Mitglieder,

wie ihr der Einladung zu unserer nächsten Mitgliederversammlung entnehmen konntet, steht diese einmal mehr im Zeichen der **Kommunalfinanzen**. Wir wollen miteinander und mit Thomas Deiters, dem stellvertretenden Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetags M-V, diskutieren, welche Erwartungen an eine künftige Finanzausstattung der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern geknüpft werden können.

Situation und Perspektiven des Radverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern



Mecklenburg-Vorpommern ist Radfahrland. Nach der Erhebung „Mobilität in Deutschland“ fahren 29 Prozent der Einwohner täglich Fahrrad. Bundesweit wurden durchschnittlich 19 Prozent tägliche Fahrradfahrer gemessen. Was den touristischen Radverkehr betrifft, steht das Land laut ADFC-Radreiseanalyse von 2012 hinter Bayern auf Platz zwei...

Schwerin und Landkreis gründen gemeinsame Firma

Die Landeshauptstadt und der Landkreis Ludwigslust-Parchim arbeiten auf einem weiteren Feld zusammen. Ab dem 1. Oktober übernimmt der Kommunalservice Schwerin (KSM), eine sog. Anstalt öffentlichen Rechts, die Betreuung der gesamten IT-Technik der beiden Verwaltungen. Die Verträge wurden gestern unterzeichnet.

Hochrangige Gäste bei der Mitgliederversammlung der SGK am 25. Oktober 2013 in Roggentin



Starke Kommunen für eine gefestigte Demokratie

Positionspapier der SGK MV für die Kommunalwahlen 2014

Demokratie wächst von unten und sie lebt vom Mitmachen...

2014

Am 31. Januar 2014 traf sich der SGK-Vorstand zu seiner diesjährigen Klausurtagung.

Im Vorfeld des nächsten Kommunalgipfels, der am 19. Februar stattfinden soll, standen natürlich Themen wie „Was ist aus dem Zukunftsvertrag geworden?“ und „Gibt es Ergebnisse in den Arbeitsgruppen Sozial- bzw. Jugendhilfe?“ sowie „Wie weiter mit dem kommunalen Finanzausgleich?“ im Mittelpunkt der Beratungen.



Ein weiteres Thema, das sehr viel Zeit in Anspruch nahm, war „Die Energiewende aus kommunaler Sicht“...

Bürgerbeteiligungsgesetz

Akzeptanz für Windkraftanlagen und kommunale Teilhabe

Nach den Vorstellungen des neuen Energieministers Christian Pegel sollen Kommunen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern künftig an neu errichteten Windparks mitverdienen.



Christian Pegel

Chancen der Energiewende für die kommunale Ebene

*von Christian Pegel,
Minister für Energie, Infrastruktur und
Landesentwicklung*

Vorweg will ich eine Aussage stellen, die meine tiefste Überzeugung widerspiegelt: Die Energiewende ist die historische Chance für Mecklenburg-Vorpommern!..

Thomas Beyer, SGK-Vorsitzender:

„Kommunen in der Energiewende“ – ein Thema, dessen sich die SGK annimmt und annehmen muss!



Vereinbarung zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden

Im Februar 2014 fand der letzte Kommunalgipfel statt, in dessen Ergebnis sich das Land Mecklenburg-Vorpommern unter bestimmten Bedingungen bereit erklärte, den Kommunen für dieses und die nächsten drei Jahre jeweils 40 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

35 Millionen jährlich werden als Aufstockungsbetrag über die Schlüsselmasse

verteilt, die restlichen 5 Millionen werden für die Sozialleistungsträger zur Verfügung gestellt.

Seit der letzten (kleinen) Novelle des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) im letzten Jahr riss die Kritik der kommunalen Ebene an der kommunalen Finanzausstattung nicht ab...

Wohnen im Alter

Enquetekommission beschließt Zwischenbericht

Die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ hat ihren ersten Zwischenbericht beschlossen.

Auf Grundlage verschiedener Expertisen und zahlreicher Anhörungen hat die Enquetekommission in ihrem Zwischenbericht Maßnahmeempfehlungen zum Bereich Wohnen im Alter abgegeben...

Grünes Licht für die „Bettensteuer“

Die Landeshauptstadt Schwerin darf als erste Kommune in M-V eine so genannte „Bettensteuer“ einführen. Nach langem Hin und Her hat das Innenministerium Ende März eine bereits durch die Stadtvertretung beschlossene Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (Übernachtungssteuer) bestätigt...

Wie kann die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern gelingen?!

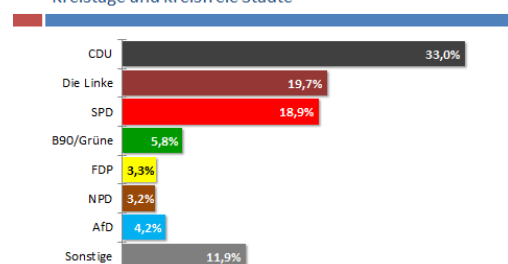
Fachkonferenz der SGK M-V mit unserem Energieminister Christian Pegel

Wahlnachlese

Nach den Kommunalwahlen im Mai 2014 wurden die erzielten Ergebnisse von verschiedener Seite analysiert und ausgewertet. Einen guten Überblick hierbei geben die nachfolgend abgedruckten Grafiken, die Thomas Behm, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Greifswald, erstellt hat.

...

Landesergebnis der Kommunalwahlen 2014
Kreistage und kreisfreie Städte



Bürgermeisterentschädigungen sind als Einnahmen aus sonstiger selbstständiger Arbeit steuerpflichtig

Das Finanzministerium hat in einem Schreiben an das Ministerium für Inneres und Sport, das [dem StGT M-V] nachrichtlich zugegangen ist, noch einmal darauf hingewiesen, dass sowohl die ehrenamtlichen Mitglieder kommunaler Vertretungen (Gemeindevertreter etc.) als auch die ehrenamtlichen Bürgermeister ihre Entschädigungen als Einnahmen aus sonstiger selbstständiger Arbeit nach § 18 Abs. 1 Nr. 3 EStG zu versteuern haben. In den Finanzämtern des Landes kam...

Mitgliederversammlung am 7. November in Güstrow

Die diesjährige Mitgliederversammlung stand ganz im Zeichen der Vorstandswahl. Sie fand im Bürgerhaus in Güstrow statt.

Die Mitglieder waren sich einig bei der Wahl des Vorsitzenden und so wurde Thomas Beyer, Bürgermeister der Hansestadt Wismar, einstimmig wiedergewählt...



(Von links nach rechts: Matthias Drese, Dieter Niesen, Gerhard Evers, Thomas Würdisch, Thomas Beyer, Marie-Jeanne Beringer, Dagmar Kaselitz, Dr. Uwe Heinze, Dr. Heike Carstensen, Ulf Dembski und Jana Haak. Es fehlen Monika Horn, Dr. Stefan Kerth und Kerstin Weiss.

Novellierung des Rettungsdienstgesetzes auf der Zielgeraden

Am 1. Juli 1993 trat das Gesetz über den Rettungsdienst für das Land Mecklenburg-Vorpommern (RDG M-V) in Kraft. In den Jahren 1998, 2001 und 2004 wurde es in einzelnen Punkten geändert. In der Praxis hat sich das Gesetz grundsätzlich zwar bewährt, jedoch wurden bei der praktischen Anwendung einige Problemlagen erkennbar, die rechtlich geregelt werden müssen...

Ziel ist es, das Gesetz in der Januarsitzung des Landtags zu verabschieden...

Landkreis Vorpommern-Greifswald wird auf ärztliche Versorgung untersucht

Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales vom 04.11.2014

Die Mitglieder der Konzentrierten Aktion haben sich zu Grundbedingungen für eine zukunfts feste medizinische Versorgung in ganz Mecklenburg-Vorpommern verständigt. Dabei wurde auch deutlich, dass Lösungen in der Region für die Region gefunden werden müssen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen, der Ärztekammer, der Kassenärztlichen Ver-

einigung, der Krankenhausgesellschaft und des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales waren sich auf ihrer Sitzung in Schwerin einig, dass zukunftsweisende Lösungen für eine Sicherstellung der medizinischen Versorgung des Landkreises Vorpommern-Greifswald modellhaft entwickelt ...

2015

Die Situation der Flüchtlinge

Am 4. Dezember 2014 hat der Bundestag das „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“ beschlossen. Der Personenkreis der Asylbewerber und geduldeter Ausländer unterlag im Vergleich mit den

anerkannten Flüchtlingen starken Einschränkungen in Bezug auf Wohnsitz, Leistungen und Arbeitsmöglichkeiten. Durch dieses Gesetz wurde die Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern verbessert. Der Bundesrat hat dem Gesetz noch im Dezember zugestimmt.

Landesparteitag aus kommunaler Sicht

Auf dem Landesparteitag der SPD M-V am 25. und 26. April 2015 wurde ein neuer Vorstand gewählt und neben zahlreichen Einzelanträgen der Leitantrag „Ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern“ beschlossen.

Sind die Beisitzerinnen und Beisitzer im neuen SPD-Vorstand hochgradig kommu-

nal „geerdet“, setzt sich dies an dessen Spitze - im geschäftsführenden Vorstand – nicht fort. Bereits mit der Wahl in 2013 wurde eine beinahe schon gute Tradition beendet, der das vorzeitige Ausscheiden von Landrat Rolf Christiansen aus dem geschäftsführenden Landesvorstand vorausging.

AG Kommunalwahlen

Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen lassen für die SPD stark zu wünschen übrig. Der SGK-Vorstand hat diese Situation zum Anlass genommen, die Einrichtung

eine AG Kommunalwahlen zu beschließen. Wer hierin mitarbeiten möchte, melde sich bitte in der Geschäftsstelle.

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen,



Thomas Beyer

die jetzige Zeit, in der so viele Menschen in Notlagen zu uns kommen, unterscheidet sich zwar einerseits von der Zeit 1989, ist aber andererseits mindestens genauso bewegend und aufregend. Was mich da-

mals so beeindruckt hat, war, dass wir sowohl in Deutschland als auch international sehr schnell einen Plan hatten und dieser dann auch umgesetzt wurde. Davon sind wir heute, angesichts der vielen Flüchtlinge in der Welt, weit, weit entfernt. Möge sich das schleunigst ändern!

Worum es mir aber geht, ist, dass wir auch in unserem Land einen Plan brauchen. Das Erste ist natürlich die humanitäre Unterbringung, Betreuung und Versorgung derer, die zu uns kommen, und zwar unterschiedslos. Diesbezüglich läuft ganz gewiss nicht alles ideal. Hier sehe ich allerdings am ehesten noch Hoffnung, dass die unterschiedlichen...

Mitgliederversammlung und Festveranstaltung „25 Jahre SGK M-V“

Tagungsort:

InterCityHotel Schwerin

Grunthalplatz 5 - 7

19053 Schwerin

Öffentliche Parkplätze und eine öffentliche Garage (beides kostenpflichtig) sind in der Straße *Am Packhof* vorhanden.

Tagesordnung

17:00 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Geschäftsbericht
4. Revisionsbericht
5. Wahl von sieben Delegierten für die SGK-Bundesdelegiertenversammlung am 22./23. April 2016 in Potsdam
6. Nominierung für den SGK-Bundesvorstand

Beginn Festveranstaltung

ca. 17:30 Uhr

Musik *Saxophonensemble „Jolly Joker“*

Grußworte

Musik *Saxophonensemble „Jolly Joker“*

ca. 18:00 Uhr

Gastrede/Talk

Detlef Raphael, Beigeordneter des Deutschen Städtetages

Musik *Saxophonensemble „Jolly Joker“*

ca. 18:30 Uhr

Kabarett *Michael Ruschke*

ca. 19:00 Uhr

Ehrungen

Schlusswort

Einladung zum Bufett



**Einladung zur Mitgliederversammlung und
Festveranstaltung „25 Jahre SGK M-V“**

**am 20. November 2015
im InterCityHotel Schwerin**